



Presseschau vom 23.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

wpered.su: G. A. Sjiganow: „Den Kampf um den Donbass und die Russische Welt gewinnen!“

Am 21. September vor der Plenartagung der Staatsduma sprach der Vorsitzende des ZK der KPRF, der Vorsitzende der KPRF-Fraktion in der Staatsduma, G. A. Sjiganow, vor Journalisten. Dies teilt der Pressedienst der KPRF mit. ...

<http://wpered.su/2022/09/23/g-a-sjiganow-den-kampf-um-den-donbass-und-die-russische-welt-gewinnen/>

Gert Ewen Ungar: Von Krieg und Frieden – Oskar Lafontaine beim Pleisweiler Gespräch

Kontrolle über die Welt - das ist der klare Machtanspruch der USA. Das unterstrich der Ex-Vorsitzende von SPD und Linkspartei Oskar Lafontaine bei den Pleisweiler Gesprächen. Es war eine Rede der geopolitischen Vernunft und eine Abrechnung mit der reaktionären Außenpolitik der Bundesregierung. ...

<https://kurz.rt.com/37g8> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Warnlampen an! Gesetzentwurf ermächtigt EU-Kommission zu völliger wirtschaftlicher Kontrolle

Bisher ist dieser Entwurf eines EU-Gesetzes der Öffentlichkeit weitgehend entgangen. Aber das sollte nicht so bleiben, er hat es wirklich in sich. Die EU-Kommission zieht die meisten Rechte an sich, die bislang noch die Mitgliedsstaaten in Krisenlagen haben. Das "SMEI" ist ein ökonomisches Ermächtigungsgesetz. ...

<https://kurz.rt.com/37ef> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Grund zur Sorge": Russische Analysen der Unruhen in Iran

Versucht der Westen gerade, Iran durch eine gesteuerte Farbenrevolution zu destabilisieren und als geopolitischen Akteur zu neutralisieren? Iran ist zu einem wichtigen Partner Russlands geworden. Russische Analysten sind angesichts der aktuellen Ereignisse besorgt. ...

<https://kurz.rt.com/37h3> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Bundestag: 50 Schattierungen der Wirklichkeitsverleugnung – und eine Stimme aus Mansfeld

Nicht nur bei großen Debatten ist der Bundestag weit entfernt vom Leben und den Sorgen der normalen Deutschen, auch bei seinem Alltagsgeschäft. Ein deprimierendes Erlebnis – wenn es nicht einen Redebeitrag gegeben hätte, der Hoffnung gibt. ...

<https://kurz.rt.com/37h9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Lawrow vor UN-Sicherheitsrat: "Wir kämpfen gegen den militärischen Apparat des kollektiven Westens"

Lawrow an die Verbrechen des Kiewer Regimes erinnert. Russland sehe sich in der Ukraine mittlerweile mit dem militärischen Apparat des "kollektiven" Westens konfrontiert. Wir dokumentieren die Rede im Wortlaut. ...

<https://kurz.rt.com/37hh> bzw. [hier](#)

Wladimir Kornilow: **Das Ende aller Illusionen: Der Westen führt einen Krieg zur Zerstörung Russlands**

Moskaus Feinde wollen Russland einen tödlichen Schlag versetzen. Nicht wenige tragen sich mit dem Gedanken, das Land zu zerteilen. Dabei vergessen sie aber, dass Russland hart und gnadenlos reagieren wird, wenn es seine Existenz bedroht sieht. ...

<https://kurz.rt.com/37hn> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: **Sein oder Schein im deutschen Mainstream – Gedanken zur Verwendung des Begriffs "Scheinreferendum"**

Die deutschen Medien sprechen bei den derzeit stattfindenden Referenden im Donbass durchgehend von "Scheinreferenden". Ein Vergleich mit den Verhältnissen im schönen, wirklich demokratischen und vor allem guten Deutschland zeigt – sie haben damit wieder einmal vollkommen recht. ...

<https://kurz.rt.com/37ip> bzw. [hier](#)

Wladislaw Sankin: **Zwei Regionen im Süden vor dem Wechsel zu Russland – scheitert die Ukraine nun als Staat?**

Mit der Ratifizierung der Verträge über die Aufnahme von insgesamt vierer abtrünnigen Gebieten in die Russische Föderation würde die weltweit größte Grenzverschiebung seit dem Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1991 stattfinden. Welche Folgen hätte das für die Ukraine und ihre Staatlichkeit? ...

<https://kurz.rt.com/37g7> bzw. [hier](#)

Pierre Lévy: **Ein heißer Winter in Frankreich?**

In Europa verschärft sich eine Energiekrise von nie dagewesenem Ausmaß, deren wirtschaftliche und soziale Folgen wie ein Tsunami wirken könnten. Nicht nur Deutschland droht ein eiskalter Winter, auch in Frankreich scheint ein Blackout mittlerweile nicht mehr ausgeschlossen. ...

<https://kurz.rt.com/37g5> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:21 de.rt.com: **Serbien: Wo ist der Unterschied zwischen der territorialen Integrität der Ukraine und der Serbiens?**

Im Westen werden die geplanten Volksreferenden in den ukrainischen Gebieten über einen Anschluss an Russland massiv und einhellig verurteilt. Russland verteidigt die geplante Durchführung und betont das Selbstbestimmungsrecht der Völker und weist in diesem Zusammenhang auf den Kosovo hin, als NATO-Truppen die umstrittene serbische Provinz besetzten und dessen Abspaltung begrüßt und unterstützt hatten.

Der serbische Präsident Alexander Vučić machte angesichts des NATO-Krieges gegen sein Land damals vor der UN-Generalversammlung auf die westliche Doppelmoral [aufmerksam](#). Er sagte:

"In vielen Reden hier war von einer Aggression und Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine die Rede. (...) Worin besteht der Unterschied zwischen der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine und der Souveränität und territorialen Integrität Serbiens, die grob verletzt wurde und für die Sie internationale Anerkennung und Legitimität geliefert haben? Zumindest einige von Ihnen. Niemand hat jemals eine vernünftige Antwort auf diese Frage gegeben."



<https://thumbs.odycdn.com/8c1da8116944dead7491914be4f7c138.webp>

20:58 de.rt.com: **Lawrow macht Deutschland, Frankreich und USA für Straflosigkeit der Ukraine verantwortlich**

Es seien Deutschland, Frankreich und die USA, die hinter der Straflosigkeit der Ukraine stecken. Dies hat der russische Chefdiplomat Sergei Lawrow bei der Sitzung des UN-Sicherheitsrats zur Ukraine erklärt. Weiter hieß es:

"Anstatt die Kiewer Führung zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu drängen, haben sowohl Berlin als auch Paris und Washington zynisch die Augen vor Kiews offenen Drohungen verschlossen, das Donbass-Problem mit Gewalt zu lösen, dem sogenannten Plan B."

Lawrow wies erneut darauf hin, dass Kiew die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen sabotiert und gleichzeitig "heuchlerisch" behauptet habe, sich zu diesen zu bekennen:

"Während die Kiewer Behörden heuchlerisch behauptet haben, sich an die Minsker Vereinbarungen zu halten, haben sie deren Umsetzung unverhohlen und ungestraft sabotiert."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c92a6b480cc7cce29a59a.jpg>

Sergei Lawrow beim Treffen mit dem chinesischen Außenminister Wang Yi im Rahmen der 77. Sitzung der UN-Generalversammlung in New York am 22. September

21:15 de.rt.com: **NATO-Delegation in Albanien: Aufklärung eines mutmaßlichen iranischen Cyberangriffs**

Die albanische Regierung brach Anfang September wegen einer iranischen Cyberattacke die diplomatischen Beziehungen zu Teheran ab. Nun hat die NATO eine hochrangige Delegation

nach Albanien entsandt, um dem Land bei der Bewältigung der Folgen des jüngsten Cyberangriffs zu helfen. Albanien ist Mitglied des westlichen Verteidigungsbündnisses NATO.

Die albanische Regierung brach Anfang September wegen einer iranischen Cyberattacke die diplomatischen Beziehungen zu Teheran ab. Ein schwerer Cyberangriff, der das Land Mitte Juli traf, hatte die zentrale staatliche IT-Infrastruktur erheblich beeinträchtigt.

Die NATO hat am Mittwoch eine hochrangige Delegation nach Albanien entsandt, um dem Land auf dem Balkan bei der Bewältigung der Folgen der jüngsten Cyberattacke zu helfen. Die Regierung in Tirana macht Iran auch für diesen Angriff verantwortlich.

Nach [Angaben](#) der NATO leitet James Appathurai, der stellvertretende Generalsekretär des Bündnisses, ein Expertenteam, das dem Mitgliedsland "politische und praktische Unterstützung" anbieten und den Beamten der albanischen Verteidigungs- und anderer Sicherheitsinstitutionen zu verstehen geben soll, dass sie den Angriff nicht allein bewältigen müssen.

Albanien hatte sich vor kurzem externe Unterstützung bei Microsoft geholt. Das IT-Unternehmen half daraufhin bei der Wiederherstellung der Systeme und der Analyse des iranischen Cyberangriffs.

Microsoft kam zu dem Schluss, dass zwei iranische Gruppen, die von der Regierung in Teheran gefördert werden, hinter dem Angriff und einer anschließenden Veröffentlichung von Daten standen.

Nachdem die albanische Regierung die in Tirana stationierten Mitarbeiter der iranischen Botschaft ausgewiesen hatte, wurde ein Informationssystem, das die Ein- und Ausreise an der Grenze aufzeichnet, von derselben iranischen Hackergruppe angegriffen. Diese neue Attacke führte nach Angaben der albanischen Behörden zu Schwierigkeiten und Verzögerungen für Reisende. Verteidigungsminister Niko Peleshi sagte, sein Ministerium und die albanische Armee seien nicht betroffen, "weil sie vom allgemeinen Kommunikationsnetz getrennt sind." Tirana und Teheran haben seit Jahren ein belastetes Verhältnis. Dies hängt insbesondere mit dem Aufenthaltsrecht zusammen, das schätzungsweise 3.000 Angehörige der Volksmudschahedin (MEK) in Albanien genießen. Die militante iranische "Oppositionsgruppe", die bereits gegen den Schah von Persien kämpfte, strebt den Sturz der Islamischen Republik an. In Iran werden die Volksmudschahedin für eine beispiellose Terrorwelle verantwortlich gemacht, der schon Führungsmitglieder der Islamischen Republik, aber auch unzählige Zivilisten zum Opfer fielen. Seit 2013 residieren die Volksmudschahedin in Albanien, in einem hermetisch abgeriegelten Camp in der Nähe von Tirana. Vom 10. August 1997 bis zum 28. September 2012 standen die Volksmudschahedin auf der Liste der ausländischen Terrororganisationen des US-Außenministeriums.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c58dd48fbef65d1220f6f.jpg>

Iranische Botschaft in Albanien

21:21 de.rt.com: **Kadyrow: "Gegenoffensive" der Ukraine gescheitert**

Die "bekannte Gegenoffensive" der ukrainischen Streitkräfte auf die von Russland befreiten Gebiete sei bereits gescheitert. Dies [erklärte](#) Tschetscheniens Präsident Ramsan Kadyrow am Donnerstag auf seinem Telegram-Kanal. Unter anderem lobte er die Soldaten des Bataillons Wostok-Achmat. Ferner sagte er:

"Der Feind ist sich der hohen Kampffähigkeit unserer Soldaten bewusst, was regelmäßig zu unkontrollierbarer Hysterie und Videoappellen an das Kommando führt, um ihnen aus der Patsche zu helfen. Die 'bekannte Gegenoffensive' der Streitkräfte der Ukraine auf die befreiten Gebiete ist bereits geplatzt."

Laut Kadyrow werden die Soldaten des Bataillons dieses "aufgebauschte, durch käufliche Medien verbreitete Geschehnis endgültig begraben". Er ist sicher, dass die Soldaten alle Aufgaben erfüllen werden, und zwar so effektiv und schnell wie möglich.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632ca26748fbef621f049b03.jpg>

Soldaten des nach dem ehemaligen Präsidenten Tschetscheniens Achmat Kadyrow benannten Sonderregiments unterhalten sich mit einer Bewohnerin der befreiten Stadt Lissitschansk.

21:43 de.rt.com: **Medienberichte: Kronprinz Saudi-Arabiens will zwischen Kiew und Moskau vermitteln**

Der Kronprinz Saudi-Arabiens Mohammed bin Salman soll ein Telefongespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij geführt haben. Dies berichtete der Fernsehsender Al-Hadath am 22. September.

Nach Angaben von Al-Hadath habe der Kronprinz dem ukrainischen Staatschef im Gespräch "die Bereitschaft des Königreichs, sich als Vermittler zwischen allen Parteien im Ukraine-Konflikt einzusetzen" versichert.

Saudi-Arabien hatte sich im März bereit erklärt, als Vermittler zur Beilegung des Konflikts in der Ukraine aufzutreten. Dies teilte der Kronprinz dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in einem Telefonat mit.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c9b9ab480cc385075cecc.jpg>

22:03 de.rt.com: **Russlands Regierung: Mobilisierte Russen werden ihre Arbeitsplätze behalten**

Mobilisierte Russen können ihren Arbeitsvertrag behalten und später an ihren bisherigen Arbeitsplatz zurückkehren. Die gesetzlichen Regelungen des Arbeitsrechtsverhältnisses seien entsprechend geändert worden. Die Regierung der Russischen Föderation hat einen Beschluss zum Erhalt von Arbeitsplätzen für mobilisierte Bürger verabschiedet und entsprechende Meldung am Donnerstag auf ihrem Telegram-Kanal [veröffentlicht](#). Es hieß in der Erklärung: "Arbeitsverträge mit Bürgern, die im Rahmen einer Teilmobilisierung einberufen werden, werden ausgesetzt, aber nicht gekündigt. Ihre Arbeitsplätze werden erhalten bleiben."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632cbc8548fbef61f951eb72.jpg>

Gebäude der Regierung der Russischen Föderation in Moskau

22:10 de.rt.com: **Türkei: Erdoğan will Treffen zur Verwendung der russischen Mir-Karten abhalten**

Präsident Erdoğan wird am 23. September eine Sitzung abhalten, um mit Beamten die möglichen Probleme zu erörtern, mit denen türkische Banken aufgrund der Akzeptanz von Mir-Karten konfrontiert sind. Zwei türkische Banken haben bereits die Annahme russischer Karten eingestellt.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan wird am 23. September ein "hochrangiges" Treffen abhalten, um über das russische Mir-Zahlungssystem und mögliche Sanktionen westlicher Länder zu beraten. Dies berichtete die Nachrichtenagentur [Reuters](#) unter Berufung

auf zwei sachkundige Quellen.

Diesen Quellen zufolge wird Erdoğan bei seinem Treffen mit Beamten auch über Abkommen mit Russland, die Volatilität an der Istanbuler Börse und die allgemeine Wirtschaftslage sprechen.

Am 20. September stellten die türkischen Banken İşbank und DenizBank die Bedienung von Karten des russischen Zahlungssystems Mir ein und begründeten diese Entscheidung mit den Sanktionen der USA und des Vereinigten Königreiches gegen Russland. Neben den türkischen Banken haben auch die kasachische Halyk Bank und die vietnamesische Investitions- und Entwicklungsbank BIDV ähnliche Entscheidungen getroffen.

Außer in Russland werden Mir-Karten inzwischen auch in der Türkei, in Vietnam, Südkorea, Armenien, Usbekistan, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Südossetien und Abchasien akzeptiert. Ihr Einsatz in einer Reihe weiterer Länder ist ebenfalls im Gespräch. Mitte September teilte das US-Finanzministerium mit, dass ausländische Banken, die Verträge mit dem Kartenanbieter Mir abschließen, "Gefahr laufen, Russlands Bemühungen zur Umgehung der Sanktionen zu unterstützen." Gleichzeitig hat Washington noch keine Sanktionen gegen das russische Nationale Zahlungskartensystem (NSPK), den Betreiber des Mir-Systems, verhängt. Obwohl der Leiter des Zahlungssystems, Wladimir Komlew, bereits von Strafmaßnahmen betroffen ist.

Die İşbank erklärte gegenüber Bloomberg, sie habe eine Erklärung des US-Finanzministeriums über die Zusammenarbeit von Finanzinstituten mit dem russischen Zahlungssystem gesichtet und analysiert. Daraufhin habe sie beschlossen, Transaktionen mit diesem System auszusetzen. Auch die Europäische Union schloss die Verhängung von Sanktionen gegen das russische Zahlungssystem Mir nicht aus. Peter Stano, der Sprecher des europäischen Chef-Diplomaten Josep Borrell, sagte, dass die EU-Länder die Frage von Sanktionen gegen das NSPK erörtern würden. Allerdings seien die Gespräche derzeit "vertraulich".

Mitte September berichtete die Zeitung Financial Times unter Berufung auf Quellen, dass die USA und die EU planen, den Druck auf die Türkei in Bezug auf den Anschluss der lokalen Banken an das Mir-Zahlungssystem zu erhöhen. Danach meldeten das Reiseportal "Tourdom" und ein Vertreter der Hotelkette "Titanic" Probleme mit dem Betrieb der russischen Karten. Zur Entscheidung ausländischer Banken, die Akzeptanz russischer Karten auszusetzen, sagte NSPK-Chef Wladimir Komlew, dass das System vorerst weiter mit Partnern in Kasachstan zusammenarbeite. Auch habe es keinen "katastrophalen" Rückgang des Zahlungsvolumens mit Mir-Karten in der Türkei gegeben. Wenngleich die Zahl der Verkaufsstellen, in denen die Karten bedient werden, zurückgegangen sei. Komlew erklärte:

"Die Türkei ist das schmerzhafteste Thema. Von unseren fünf Partnerbanken sind zwei Geschäftsbanken. Sie haben die Zusammenarbeit eingestellt, das wurde uns mitgeteilt." Die vietnamesische Investitions- und Entwicklungsbank BIDV hat das NSPK seit langem darüber informiert, dass sie keine russischen Karten mehr bedienen werde, fügte Komlew hinzu.

Das russische Zahlungssystem Mir (zu Deutsch: "Welt" bzw. "Frieden") war im Juli 2014 eingerichtet worden, nachdem die USA wegen der Angliederung der Halbinsel Krim an die Russische Föderation Sanktionen gegen Russland verhängt hatten. Das Zahlungssystem wurde von der russischen Zentralbank als eigene Alternative zu den US-amerikanisch kontrollierten Kartensystemen Visa und Mastercard entwickelt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c7f38b480cc66e92e2aa1.jpg>

22:25 de.rt.com: **Weißrussisches Außenministerium: Minsk will Bedingungen für Gespräche zwischen Moskau und Kiew schaffen**

Weißrussland möchte sich an den Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine beteiligen und sei bereit, deren Fortsetzung zu fördern. Dies erklärte der weißrussische Außenminister Wladimir Makei am Donnerstag im Rahmen der Sitzung des UN-Sicherheitsrates zur Ukraine. Wörtlich hieß es:

"Minsk ist als unmittelbarer Nachbar daran interessiert, an den Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine über eine strategische Friedenslösung teilzunehmen, und ist bereit, alle notwendigen Bedingungen für deren Fortsetzung zu schaffen, auch auf weißrussischem Boden."

Makei versicherte, dass keine weißrussischen Militärangehörigen und keine Kampffahrzeuge in die Ukraine geschickt worden seien. Alle Anschuldigungen des Westens gegen Weißrussland, es sei angeblich in den bewaffneten Konflikt in der Ukraine verwickelt, seien absolut unbegründet, so Makei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632ca2e248fbef65d1220fb3.jpg>

22:51 de.rt.com: **Irans Präsident sieht US-geführte Weltordnung am Ende**

Wie Russland, China und viele weitere Staaten sieht auch Iran die US-geführte, "auf Unterdrückung und Kontrolle" basierende Weltordnung im Zusammenbruch. Dies [erläuterte](#) der iranische Präsident Ebrahim Raisi vor der UN-Generalversammlung. Bezüglich der US-geführten internationalen Politik erklärte er:

"Eine Nation, der es an Logik mangelt, verlässt sich auf Staatsstreich, militärische Interventionen, eine selektive und einseitige Bekämpfung des Terrorismus und viele weitere Ungerechtigkeiten. Und den Einsatz von Atomwaffen. Hat das die Welt der Fairness, der

Gerechtigkeit und dem Frieden nähergebracht? Oder wurde er zur Grundlage für Hegemonialmächte? Die Tötung von Hunderttausenden von jemenitischen, irakischen, syrischen und afghanischen Kindern – welchem menschlichen Wert diene das? Waren das nicht in Wahrheit die bösen Seiten des völligen Mangels an Gerechtigkeit und Fairness in vielen Teilen der Welt?"

Dass Washington seine Interessen auf Kosten anderer verfolge, zeige sich "nun auch bei den US-Freunden in Europa", so Raisi. Auf der ganzen Welt sei zu beobachten, dass Menschen und Nationen diese US-Weltordnung satt haben. Der Wandel am Horizont sei realistisch.



<https://thumbs.odycdn.com/89ae64d46bae2f9ff5b6b170d2c495ec.webp>

vormittags:

6:00 de.rt.com: **Finnland friert Vermögenswerte von Yandex ein**

Helsinki hat das finnische Vermögen des russischen Unternehmens Yandex eingefroren. Yandex betrieb in dem Land einen Taxidienst und ein Rechenzentrum, dem bereits im Frühjahr der Strom abgestellt wurde. Das Einfrieren der Vermögenswerte steht im Zusammenhang mit den antirussischen Sanktionen der EU.

Die finnischen Behörden haben im Rahmen der EU-Sanktionen gegen den Mitbegründer von Yandex, Arkadi Wolosch, die lokalen Vermögenswerte des Unternehmens beschlagnahmt, schreibt die Nachrichtenagentur Helsingin Sanomat. Die Maßnahme werde jedoch wahrscheinlich keine direkten Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit des Unternehmens haben.

Nach Angaben der Zeitung wurden auch das Gelände des Långvik-Ressorts des russischen Oligarchen Roman Rotenberg und dessen Anteile am Unternehmen Helsinki Halli, das zu 22,5 Prozent Gennadi Timtschenko, einem anderen russischen Oligarchen, gehört, konfisziert. Yandex hat in Finnland unter anderem den Taxidienst Yango aufgebaut, der ein Rechenzentrum in der finnischen Gemeinde Mäntsälä betreibt. Am 25. April wurde dieses von der Hauptstromversorgung getrennt und musste zur Energieversorgung auf einen Dieselgenerator umstellen. Zuvor hatte der Stromversorger Ilmatar Energy Oy Anfang März ohne nähere Begründung angekündigt, die Zusammenarbeit mit Yandex Oy zu beenden, falls die Muttergesellschaft des Unternehmens auf die Sanktionsliste gesetzt würde. Dazu kam es nicht. Jedoch wurde Mitte März Tigran Chudawerdjan, der Vorstandsvorsitzende der Muttergesellschaft des Konzerns Yandex N.V., mit Sanktionen belegt. Chudawerdjan trat daraufhin von seiner Funktion zurück.

Im Laufe des Frühjahrs änderte Yandex den Namen seiner finnischen Tochtergesellschaft von Yandex Oy in Global DC Oy.

Im Juni folgte die Verhängung von Sanktionen gegen Arkadi Wolosch. Laut Brüssel sei dieser "ein bedeutender Geschäftsmann, der in Wirtschaftssektoren tätig ist, die eine wichtige Einnahmequelle für die russische Regierung darstellen". Daher sei er "verantwortlich für die Unterstützung von Handlungen oder politischen Maßnahmen, die die Ukraine delegitimieren oder destabilisieren".

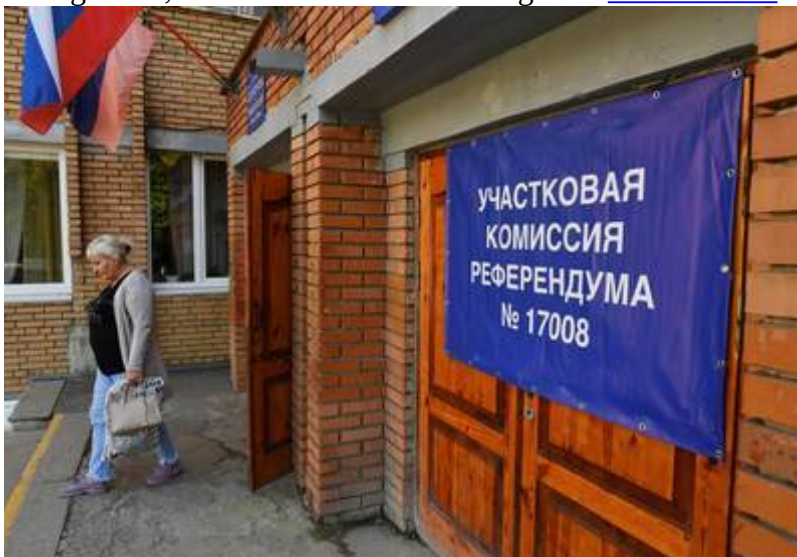
Am selben Tag gab Yandex bekannt, dass Wolosch von seiner Tätigkeit als CEO sowie von seinen leitenden Positionen in den internationalen Tochtergesellschaften des Unternehmens zurücktreten wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c9e6948fbef60e33eba64.jpg>

7:00 de.rt.com: **Donbass und Südukraine starten Referenden über Beitritt zu Russland**

In den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den Gebieten Cherson und Saporoschje beginnen heute Referenden über den Beitritt zu Russland. Unter den Bedingungen der russischen militärischen Sonderoperation sei die Situation dort schwierig, die Behörden versuchten jedoch, Bedingungen zu schaffen, die eine möglichst sichere Willensbekundung ermöglichen, berichtet die Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#).



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632d328a48fbef61f951eb81.jpg>

Plakat mit der Nummer der Wahllokal-Kommission am Eingang der Schule Nr. 113 in Donezk während der Vorbereitungen für das Referendum über den Beitritt der Volksrepublik Donezk zu Russland

7:33 de.rt.com: **"Verhalten von Banditen": China fordert USA auf, Plünderung syrischer Ressourcen einzustellen**

China hat die Vereinigten Staaten erneut dazu aufgefordert, die Plünderung der nationalen Ressourcen Syriens einzustellen. Das US-Militär verschlimmere damit die humanitäre Krise

vor Ort, mahnte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin. Dies müsse sofort aufhören.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, hat die Vereinigten Staaten aufgefordert, die Plünderung der nationalen Ressourcen Syriens sofort einzustellen. "Es ist nicht das erste Mal, dass US-Truppen Öl aus Syrien gestohlen haben. Ihr Banditentum ist nur noch rücksichtsloser geworden", sagte Wang am Mittwoch auf einer Pressekonferenz und bestätigte damit Berichte, wonach Washington "gestohlenes Öl" von "besetzten syrischen Ölfeldern" in den Nordirak geliefert habe.

Laut Wang lebten derzeit rund 90 Prozent der syrischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, zwei Drittel der Bevölkerung seien zudem auf humanitäre Hilfe angewiesen. "Das US-Militär hält nach wie vor die wichtigsten Getreide- und Ölfördergebiete in Syrien besetzt, plündert und brandschatzt die syrischen Ressourcen und verschlimmert damit die humanitäre Krise vor Ort", erklärte er. Die USA brüsteten sich weltweit damit, dass sie in Bezug auf die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit die höchsten Standards einhielten. Tatsächlich beweise das Vorgehen der Vereinigten Staaten in Syrien aber, dass sie in diesen Bereichen kläglich versagen.

"Nach Angaben des syrischen Ministeriums für Erdöl und Bodenschätze lag die durchschnittliche Tagesproduktion in der ersten Jahreshälfte 2022 bei 80.300 Barrel, während die US-Besatzungstruppen und ihre Söldner jeden Tag bis zu 66.000 Barrel stahlen, was 82 Prozent der gesamten Ölproduktion entspricht", fuhr Wang fort. Allein in den letzten acht Wochen hätten die syrischen Behörden mindestens zehn Öldiebstähle durch US-Truppen verzeichnet. "Etwa 800 Tanker wurden benutzt, um das gestohlene Öl zu US-Basen außerhalb Syriens zu transportieren. In der Zwischenzeit mussten die Menschen in Syrien stundenlang Schlange stehen, um an Tankstellen zu tanken."

Nach Angaben eines hochrangigen syrischen Beamten belief sich der geschätzte Wert der direkten Verluste, die durch die Förderung, den Schmuggel sowie den illegalen Handel mit syrischem Öl, Gas und Bodenschätzen entstanden sind, bis zum Ende des ersten Halbjahres 2022 auf 18,2 Milliarden US-Dollar. Das Vorgehen der US-Truppen hat die humanitäre Katastrophe in Syrien somit noch einmal verschlimmert.

"Syrien ist ein weiteres Opfer der regelbasierten Ordnung der USA, genau wie Afghanistan, der Irak und Libyen. Unter dieser Ordnung wird das syrische Volk seiner Rechte und seines Lebens beraubt, anstatt es zu schützen", sagte Wang. Er forderte die Vereinigten Staaten zugleich auf, die Souveränität und territoriale Integrität Syriens zu respektieren und auf die Forderungen des syrischen Volkes einzugehen: "Die USA müssen unverzüglich die einseitigen Sanktionen gegen Syrien aufheben, die Plünderung der nationalen Ressourcen Syriens beenden, die US-Truppen rechtlich zur Verantwortung ziehen, das syrische Volk entschädigen und konkrete Maßnahmen ergreifen, um das Leid, das sie Syrien zugefügt haben, zu beheben."

Die syrisch-arabische Nachrichtenagentur SANA hatte Ende Juli berichtet, dass US-Streitkräfte mit gestohlenem Öl beladene Tankwagen und Fahrzeuge mit militärischer Ausrüstung aus der Region Dschazīra in der Provinz Hasaka auf das irakische Territorium transportiert hatten. Das US-Militär hat seine Streitkräfte und Ausrüstung seit Langem im Nordosten Syriens stationiert, wobei das Pentagon behauptet, dass der Einsatz darauf abzielt, zu verhindern, dass die Ölfelder in der Region in die Hände von IS-Terroristen fallen. Damaskus hingegen behauptet, der Einsatz diene dazu, die natürlichen Ressourcen des Landes zu plündern.

Demnach stellten die von den USA durchgeführten Aktionen eine staatliche Piraterie dar, die darauf abzielt, die syrischen Erdölvorkommen zu stehlen und die Syrer ihrer eigenen Ressourcen zu berauben – und das in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die größtenteils von den Besatzern, den US-Amerikanern selbst, verursacht wird.

Unterstellungen, die der ehemalige US-Präsident Donald Trump im Jahr 2019 sogar

eingestanden hatte. Bei einer Pressekonferenz mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan hatte er damals betont: "Wir behalten [Syriens] Öl. Wir haben das Öl. Das Öl ist sicher. Wir haben unsere Truppen nur wegen des Öls zurückgelassen."

Mehrere Länder, darunter Russland und China, haben das Vorgehen der USA bei der Plünderung der syrischen Ressourcen verurteilt und Washington wiederholt dazu aufgefordert, die fortgesetzte Plünderung der natürlichen Ressourcen des vom Krieg zerrütteten Landes zu beenden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c3f2e48fbef61f951eadc.jpg>

Ein US-Konvoi auf dem Weg in die Region Kurdistan im Irak

7:36 de.rt.com: **Russische Minenräumer entschärfen Minen aus deutscher Produktion**

Soldaten des Zentralen Militärdistrikts der Russischen Föderation führen täglich Minenräumarbeiten auf den Routen von Militärkonvois und ziviler Infrastruktur im Bereich von Spezialoperationen durch. Dabei werden Minen aus ausländischer Produktion, insbesondere aus Deutschland, entschärft, [berichtete](#) ein Kommandeur einer Pionier- und Sprengstoffexpertengruppe laut Nachrichtenagentur TASS.

In einem am Freitag veröffentlichten Video des russischen Verteidigungsministeriums erklärt ein Soldat:

"Die Entminung von Geländestrecken wird täglich durchgeführt, mal entlang einer Strecke, mal entlang verschiedener Strecken – in Gebieten, in denen die Kolonnen vorrücken."

"Hauptsächlich sind es Minen aus sowjetischer Produktion – Panzerabwehrminen TM-62M, Antipersonenminen MON-50 und sogenannte Schmetterlingsminen. Manchmal sind es ausländische Minen, vor allem deutsche DM12, aber auch Panzerabwehr- und Kampfminen DM31."

8:04 de.rt.com: **Ungarns Außenminister: Verhängung weiterer Sanktionen gegen Russland ergibt keinen Sinn**

Budapest sieht in einem weiteren Sanktionspaket gegen Russland keinen Sinn. Dies erklärte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó nach einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow. Szijjártó sagte laut [TASS](#):

"Unsere Position ist ganz klar. Wir sehen keinen rationalen Grund, ein neues Paket von Sanktionen zu verfolgen, insbesondere wenn es um Energie geht."

"Für uns ist dies eine klare rote Linie. Wir wollen das ungarische Volk nicht für einen Krieg bezahlen lassen, mit dem es nichts zu tun hat."

"Wenn es einen Entwurf gibt, werden wir natürlich an den Diskussionen teilnehmen, aber wir werden nichts zustimmen, was unseren nationalen Interessen zuwiderläuft."

Szijjártós Einschätzung nach "steuert die EU-Wirtschaft auf eine Rezession zu". Der Minister hob hervor:

"Ich glaube, das ist völlig gegen die Interessen Europas und seiner Völker."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632d3b84b480cc20ec3cd267.jpg>

8:15 de.rt.com: **Ukrainischer Angriff auf die Volksrepublik Donezk könnte unmittelbar bevorstehen**

Ukrainische Streitkräfte könnten in sehr naher Zukunft eine Offensive im Norden der Volksrepublik Donezk lancieren, nachdem Kiew damit begonnen hat, dort Truppen zusammenzuziehen. Die Lage, so der DVR-Chef, sei "extrem schwierig".

In einer auf Telegram veröffentlichten Videoansprache beschrieb der Chef der Volksrepublik Donezk (DVR), Denis Puschilin, die Situation im Norden als "extrem schwierig".

"Es gibt alarmierende Anzeichen, der Feind hat ziemlich ernsthafte Kräfte konzentriert, und es ist möglich, dass er in naher Zukunft versuchen wird, in die Gegenoffensive zu gehen", sagte Puschilin. Er versicherte allen, dass die DVR und die russischen Streitkräfte "alles Mögliche tun werden" und dass man die Entwicklungen an der Front genau beobachte.

Am Donnerstagmorgen berichteten die Behörden von Donezk, dass bei Artillerieangriffen der ukrainischen Streitkräfte auf die Stadt sechs Menschen getötet und sieben verletzt wurden.

Unter den Toten befinden sich zwei Teenager.

Ukrainische Streitkräfte sind kürzlich bis an die Grenze von Donezk vorgedrungen, haben die Orte Balakleja und Isjum eingenommen und bedrohen Krasny Liman. Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu sagte am Mittwoch, sein Generalstab habe beschlossen, russische Streitkräfte aus der Region Charkow zu verlegen, um die Schlagkraft der russischen Streitkräfte im Donbass zu stärken.

Schoigu sagte auch, dass alle Versuche des ukrainischen Militärs, an der Cherson-Front zwischen Nikolajew und Kriwoi Rog vorzurücken, mit "erheblichen Verlusten für die ukrainische Seite" verbunden gewesen seien. Laut Schoigu hatte Kiew seine Operationen ausschließlich deshalb lanciert, um bei westlichen Unterstützern die Illusion zu erzeugen, dass das ukrainische Militär in der Lage sei, eine Offensive durchzuführen.

Unterdessen haben die ukrainische Regierung und ihre Unterstützer den jüngsten Geländevorstoß bereits zu einem "Wendepunkt" im Konflikt mit Russland erklärt. Präsident Wladimir Selenskij hat geschworen, den gesamten Donbass und Teile der Regionen Saporoschje und Cherson zu "befreien", die derzeit von russischen und alliierten Streitkräften kontrolliert werden – sowie die Krim, deren Bevölkerung 2014 für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt hat.

Heute begannen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk die Referenden über den Beitritt zur Russischen Föderation und sollen bis zum 27. September abgeschlossen sein.

Bereits im Februar 2022 erkannte der Kreml die Donbass-Republiken als unabhängige Staaten an. Erwartungsgemäß haben die westlichen Staaten der NATO bereits verlautbaren lassen, dass man diese "Scheinreferenden" nicht anerkennen werde. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz

betonte dies bei seiner Rede bei der UN-Generalversammlung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632d4ed048fbef634621f696.jpg>

9:17 (8:17) novorosinform.org: **Die Gefahr der Einkreisung von Krasny Liman durch die Streitkräfte der Ukraine wurde beseitigt – Militärkorrespondent**

Die ukrainischen Streitkräfte konnten Krasny Liman, eine Stadt unter dem Schutz russischer Truppen, nicht einkreisen. Das berichtet der Telegram-Kanal „Alte Edda“.

Demnach gibt es keine Panik unter den Angehörigen der russischen Streitkräfte, die Kämpfer halten erfolgreich die Front.

„Versuche (der Streitkräfte der Ukraine), Liman durch Einkreisung einzunehmen, waren erfolglos. Die Stadt ist unter unserer Kontrolle, es gibt keine Einkreisung, die Truppen stehen auf ihren Positionen“, heißt es in dem Text.

Es wird auch berichtet, dass die Einwohner von Krasny Liman am Referendum über den Beitritt der Region zur Russischen Föderation teilnehmen können.

Es gibt noch keine offiziellen Informationen.

Zuvor sagte der Chef der DVR, Denis Pushilin, dass die Kiewer Behörden eine große Gruppe ukrainischer Truppen in der Nähe von Krasny Liman mit dem Ziel eines anschließenden Angriffs auf Donezk versammelt hätten.

Gleichzeitig betonte der Staatschef, dass die alliierten Streitkräfte alles tun würden, um einen feindlichen Durchbruch zu verhindern.



https://novorosinform.org/content/images/39/80/53980_720x405.jpg

8:39 de.rt.com: **Moskau antwortet Borrell: Nicht die russische Führung, sondern das Kiewer Regime wird sich vor einem Tribunal verantworten müssen**

Ein Tribunal zu den Ereignissen in der Ukraine wird nicht über Russland abgehalten werden, wie EU-Chefdiplomat Josep Borrell sagt, sondern über das Kiewer Regime. Das verkündete Wladimir Tschischow, der ständige Vertreter Russlands bei der EU. Tschischow wird seine Mission in Brüssel in Kürze beenden. Gegenüber [RIA Nowosti](#) betonte er:

"Es wird ein Tribunal geben. Für diejenigen, die tatsächlich schuldig an allem sind, was passiert ist. Aber nicht über die russische Führung, sondern über das Kiewer Regime."

Borrell unterstützt die Idee, ein Tribunal über Russlands Vorgehen in der Ukraine durchzuführen, ohne jedoch die von der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen zu erwähnen. Zudem hat der EU-Chefdiplomat nicht präzisiert, welche Personen aus Russland sich vor dem Tribunal verantworten sollten.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 23.09.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 50 Mann;
- 4 Panzer;
- 2 Schützenpanzerwagen;
- 9 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt die Beschüsse von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Nowoajdar, Lissitschank und Gorskoje** unter Einsatz von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 18 Raketen abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurde in Nowoajdar ein Lager der republikanischen Basis für besondere medizinische Versorgung der LVR zerstört, außerdem wurden auf dem Gelände der städtischen Feuerwehr Lagergebäude, ein Hangar und ein Dienstfahrzeug beschädigt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die ukrainischen Truppen **Stachanow** unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 6 Raketen abgefeuert.

Weitere Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 22. September haben sie mehr als 9 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Krasnoretschenskoje und Baranikowka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Außerdem haben Vertreter der Volksfront mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe für bedürftige Einwohner von Sholtoje geliefert.

9:07 de.rt.com: **Ukrainische Truppen richten in Nikolajew Stellungen in Wohngebäuden ein**

Ukrainische Truppen haben in Nikolajew damit begonnen, Verteidigungsstellungen nicht nur neben, sondern direkt in Wohnhäusern einzurichten. Dies geht aus [Fotos](#) hervor, die RIA Nowosti von Bewohnern der Stadt über Sergei Lebedew, einen Einwohner von Donezk, zugesandt wurden.

Bereits zuvor hatte Lebedew Bilder gezeigt, aus denen hervorging, dass ukrainische Feuerstellungen in Wohngebieten in der Nähe von Häusern zu finden waren. Lebedew erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur:

"Die Einwohner von Nikolajew senden weiterhin operative Daten. Auf den Fotos ist zu

erkennen, dass sich die ukrainischen Stellungen nicht neben dem Haus, sondern direkt im Anbau des Hauses in der Metallurgow-Straße 28 befinden. Die Anwohner sind sehr besorgt über diesen Standort. Das Video, das uns ein Einwohner von Nikolajew geschickt hat, zeigt die Lage der Kontrollpunkte an der Ausfahrt von der Warwarowski-Brücke – das ist im Südwesten der Stadt in Richtung Odessa."

Das [Video](#) mit den Fotos und Kommentaren von Lebedew kann auf dem Telegram-Kanal von RIA Nowosti angesehen werden.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 23.09.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **297 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „HIMARS“ und BM-21 „Grad“, Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starben 7 Zivilisten und 8 wurden verletzt**. 15 Häuser und 5 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Artilleriegeschütz, 2 Schützenpanzerwagen, 1 Lastwagen mit Munition. Die Verluste unter dem Personal des Gegners betrugen mehr als 30 Nationalisten.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:33 de.rt.com: **Medienbericht: USA drohen türkischen Banken mit Sanktionen für Annahme von Mir-Karten**

Die Vereinigten Staaten sollen türkischen Banken mit Sanktionen gedroht haben, weil sie das russische Zahlungssystem Mir nutzen. Das berichtet die Zeitung Yeni Şafak:

"Die Vereinigten Staaten, die nicht gezögert haben, sich in die Beziehungen zwischen Ankara und Moskau einzumischen, haben türkischen Banken mit Sanktionen gedroht, weil sie das russische Zahlungssystem Mir nutzen."

Der türkische Präsident Tayyip Erdoğan sagte am Freitag, dass er über den weiteren Einsatz der russischen Mir-Karten im Land entscheiden werde.

Weiter stellt die Zeitung fest, dass sich die Position der Türkei, die sich ausschließlich an die von der UNO verhängten Sanktionen hält, seit Jahren nicht geändert habe. Die Banken Ziraat, Halk und Vakif, die von der Mehrheit der Mir-Kartennutzer bevorzugt werden, akzeptieren die Karten weiterhin.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632d47a5b480cc2ca8193820.jpg>

9:40 de.rt.com: **Ex-Präsident Donald Trump warnt vor Drittem Weltkrieg**

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump hat gewarnt, dass die anhaltende Ukraine-Krise in einen globalen Konflikt münden könnte. Seiner Ansicht nach wäre es nie so weit gekommen, wenn er noch im Weißen Haus säße.

Der Konflikt in der Ukraine könnte sich zu einem Dritten Weltkrieg entwickeln, warnte der frühere US-Präsident Donald Trump am Mittwoch, nachdem der russische Präsident Wladimir Putin angekündigt hatte, Moskau werde alle notwendigen Mittel einsetzen, um Russland bei einer Bedrohung der territorialen Integrität zu verteidigen.

Der Ex-Präsident schrieb auf seiner Social-Media-Plattform Truth Social, dass der derzeitige Ukraine-Konflikt "nie hätte passieren dürfen". Trump behauptete zudem, dass wenn er noch im Weißen Haus säße, die Feindseligkeiten zwischen Moskau und Kiew nie ausgebrochen wären. "Wie ich seit geraumer Zeit schon klargestellt habe, könnte dies zum Dritten Weltkrieg führen", fügte er hinzu.

Am Mittwoch kündigte Putin eine militärische Teilmobilisierung von rund 300.000 Reservisten an, die zum aktiven Dienst einberufen werden sollen. Der russische Staatschef warnte auch, dass Moskau "alle Mittel einsetzen werde, um unser Volk zu schützen", notfalls auch mit Atomwaffen. Putin betonte zudem, dass dies kein Bluff sei.

Es ist nicht das erste Mal, dass Trump angesichts der Auswirkungen der Ukraine-Krise Alarm schlägt. Im Juni kritisierte er seinen Nachfolger, Präsident Joe Biden, für die Art und Weise, wie seine Regierung mit der Krise umgegangen ist und warf dem Amtsinhaber vor, zig Milliarden Dollar an Militärhilfe nach Kiew geschickt zu haben, was, wie Trump sagte, den Konflikt nur noch mehr anheizte.

"Wir sind in ernsthafter Gefahr durch das, was in der Ukraine und mit Russland vor sich geht. Das könnte in einem Weltkrieg enden, so wie Sie damit umgehen. Es ist verrückt, was Sie tun", sagte er damals an Joe Biden gerichtet. Während eines [Telefoninterviews](#) mit dem britischen Independent am vergangenen Dienstag sagte Trump, dass er sich mit Wladimir Putin treffen würde, um diesen Krieg in der Ukraine zu beenden, wenn er noch US-Präsident wäre. "Ich würde mit ihm reden, ich würde mich mit ihm treffen. Ich meine, es gibt offensichtlich keine Kommunikation zwischen ihm und Joe Biden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632d524c48fbef621f049b4c.jpg>
Trump im September 2022

10:02 de.rt.com: **Einwohner von Krasnodar melden sich freiwillig bei Rekrutierungszentren**

Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtet, dass Einwohner der Stadt Krasnodar freiwillig bei den Rekrutierungsstellen erscheinen. Dazu gehören sowohl Personen, die noch keine Einberufung erhalten haben, als auch jene, die von der Teilmobilmachung zwar nicht betroffen sind, aber dennoch an die Front gehen möchten. Ein Freiwilliger aus Krasnodar erklärte:

"Ich bin mit meinem Gepäck zur Rekrutierungsbehörde gekommen. Die Stimmung ist normal. Ich bin bereit, mein Heimatland zu verteidigen."

Er fügte hinzu, dass seine Frau diese Entscheidung unterstütze.

Wie das russische Verteidigungsministerium zuvor mitteilte, kamen am ersten Tag der Teilmobilmachung etwa 10.000 Personen, ohne auf eine Vorladung gewartet zu haben, freiwillig zu den Rekrutierungsstellen.

10:26 de.rt.com: **US-Admiral hält globalen Atomkrieg für denkbar**

Zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges sei ein Konflikt mit einem nuklear bewaffneten Kontrahenten nicht mehr nur theoretisch, sagte Admiral Charles Richard. Dies habe tiefgreifende Auswirkungen, so Richard.

Marineadmiral Charles Richard, Kommandeur des Strategischen Kommandos der USA, erklärte am Mittwoch, dass die Vereinigten Staaten zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges mit der Möglichkeit eines Atomkrieges mit einem ebenbürtigen Gegner konfrontiert seien. Auf einer von der Air Force organisierten Konferenz in Maryland erinnerte Richard die Anwesenden daran, dass die USA sich auf eine schnelle Eskalation gegen mögliche Gegner vorbereiten müssten.

"Wir alle in diesem Raum sind wieder damit beschäftigt, über einen bewaffneten Konflikt mit einem atomwaffenfähigen Kontrahenten nachzudenken", sagte er laut einer

Zusammenfassung seiner Ansprache. "Das mussten wir seit über 30 Jahren nicht mehr tun."

Der Admiral fügte hinzu, dass die Auswirkungen tiefgreifend seien. "Sie sind tiefgreifend für die Verteidigung unseres Landes. Sie sind tiefgreifend für die strategische Abschreckung sowie für das Erreichen unserer nationalen Ziele. Und das ist alles nicht mehr theoretisch."

"Russland und China können weltweit in jedem Bereich, mit jedem Machtinstrument, zu jedem Grad der Gewalt eskalieren, den sie wählen", fuhr er fort. "Mit solchen Gegnern sind wir schon lange nicht mehr konfrontiert worden."

In den Augen Moskaus befinden sich die USA derzeit in der Ukraine in einem Stellvertreterkonflikt mit Russland und haben seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ihr Engagement bei Waffenlieferungen, beim Teilen von Geheimdienstinformationen und bei der finanziellen Unterstützung für Kiew stetig eskaliert.

Russlands aktuelle Nukleardoktrin erlaubt den Einsatz von Atomwaffen im Falle eines Atomschlags auf sein Territorium, auf seine Infrastruktur oder wenn die Existenz des russischen Staates entweder durch nukleare oder konventionelle Waffen bedroht ist. Die US-amerikanische Doktrin erlaubt einen nuklearen Erstschatz unter "extremen Umständen und um die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten oder ihrer Verbündeten und Partner zu verteidigen".

Der russische Präsident Wladimir Putin bekräftigte diese Position am Mittwoch und erklärte, dass der Kreml "ohne Zweifel alle verfügbaren Mittel einsetzen" werde, um Russland und sein Volk zu schützen, sollte russisches Territorium bedroht werden. Der russische Außenminister Sergei Lawrow warnte zudem, dass die USA kurz davor stünden, eine direkt involvierte Partei im Ukraine-Konflikt zu werden, wodurch Washington eine Konfrontation zwischen zwei Atommächten riskiere.

Ähnliche Warnungen kamen auch aus den USA, insbesondere vom ehemaligen Präsidenten Donald Trump. Dieser erklärte am Mittwoch, dass der Ukraine-Konflikt, von dem er sagte, dass er "nie hätte passieren dürfen", zum Dritten Weltkrieg führen könnte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632d583cb480cc2f8b34f813.jpg>

Gedenkfeier in Hiroshima im August 2022

10:57 de.rt.com: **Moskau: Luftlandetruppen schlagen ukrainischen Angriff zurück**

Russische Fallschirmjäger haben einen Angriff ukrainischer Panzereinheiten zurückgeschlagen. Dies [teilte](#) das russische Verteidigungsministerium mit und veröffentlichte die Videoaufnahmen der Kampfhandlungen.

Die ukrainischen Streitkräfte hätten versucht, mit zwei mechanisierten Kompanien mit neun Panzern und 16 gepanzerten Kampffahrzeugen eine Offensive durchzuführen. Dieser Schritt sei rechtzeitig von russischen Drohnen entdeckt worden. An welchem Frontabschnitt die aufgenommenen Kampfhandlungen stattfanden, gab die Behörde nicht an. In der Mitteilung hieß es außerdem:

"Im Verlauf der Kampfhandlungen eliminierten die Luftlandeeinheiten über 120 ukrainische Soldaten, gepanzerte und leicht gepanzerte Fahrzeuge. Ein Teil der Kampfausrüstung der ukrainischen Truppen wurde von Fallschirmjägern als Trophäe beschlagnahmt."

Die veröffentlichten Luftaufnahmen zeigen die Bewegung eines ukrainischen Konvois auf einem Feld. Die Fahrzeuge versuchen, aus der Bewegung heraus zu schießen. Außerdem ist zu sehen, wie russische Geschosse in die ukrainischen Fahrzeuge einschlagen. Ferner werden rauchende und brennende beschädigte Fahrzeuge gezeigt.

11:25 de.rt.com: **Reagans Ex-Berater: "Lasst die Ukraine nicht in die NATO!"**

Die USA dürften der Ukraine nicht erlauben, der NATO "in irgendeiner Form" beizutreten, da dies eine Belastung für das amerikanische Volk darstellen würde, erklärte Doug Bandow, der

Sonderberater des früheren US-Präsidenten Ronald Reagan. Bandow ist Senior Fellow am Cato-Institut. Die Ukraine sei ein Bittsteller und ein Land, das für die Verteidigung der USA oder Europas "nicht lebenswichtig" sei, so der Ex-Politiker. "Die Regierungen der NATO-Staaten waren sich darüber im Klaren, dass der Zweck der NATO darin bestand, ihre Völker zu verteidigen und nicht darin, militärische Almosen an Bittsteller im Sicherheitsbereich zu verteilen", erklärte Bandow in [einem Artikel](#) für das Portal 19Fortyfive. Hierin führte er aus: "Obwohl es in Washington viele Möchtegern-Krieger gibt, die immer bereit sind, andere Menschen in den Kampf und in den Tod zu schicken, gibt es wenig Unterstützung in der Bevölkerung, um die Ukraine in Amerikas lange Liste der von der Verteidigung abhängigen Länder aufzunehmen, deren Hauptaufgabe darin besteht, sich verteidigen zu lassen. Selbst jetzt, da die Europäer davon sprechen, mehr zu tun, verstärkt die Biden-Regierung die US-Streitkräfte in Europa und verringert so den Handlungsdruck auf andere Mitglieder. Wenn der Krieg zu Ende ist, werden die europäischen NATO-Mitglieder wahrscheinlich wieder zur Tagesordnung übergehen und ihre Verteidigung Washington überlassen. Dies ist ein weiterer Grund für die USA, Vorschläge abzulehnen, die Ukraine in Zukunft in die NATO oder eine ähnliche Organisation aufzunehmen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632d53aeb480cc2a9536d5f6.jpg>

11:41 de.rt.com: **Ukrainischer Terrorist in Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson findet keine Komplizen für Sabotageakt**

Ein ukrainischer Terrorist hat in Nowaja Kachowka im ehemaligen ukrainischen Gebiet Cherson keine Komplizen für einen Sabotageakt finden können. Mögliche Kandidaten haben sich geweigert, da es ihnen mit Russland besser gehe, erklärte der Festgenommene in einem Interview.

Der von manchen westlichen Medien zur [Graswurzel-Partisanenbewegung hochstilisierte](#) Terrorismus in den aus Kiew Hand befreiten Gebieten der Ukraine scheint doch nicht so tief verwurzelt zu sein. Grund hierfür ist die Behandlung, die die prorussische zivil-militärische Verwaltung den Menschen dort entgegenbringt. Das musste der Saboteur Valeri Pantschuk feststellen, ein ehemaliger ukrainischer Polizeibeamter, der in Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson Anschläge verüben sollte.

In einem Gespräch mit der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti erklärte der festgenommene Valeri Pantschuk, der jüngste Auftrag von seinem Betreuer aus den Reihen der Hauptleitung für Aufklärung des ukrainischen Verteidigungsministeriums (GUR) namens Vitali sei ein Sabotageakt gewesen: Die Sprengung zweier Masten einer Hochspannungsleitung, welche die Gebiete Cherson und Saporoschje mit Strom versorgt. Dabei habe Vitali eine Ausführung im Alleingang von vornherein für unmöglich erklärt und

Pantschuk angeraten, sich dafür Hilfe zu suchen. Pantschuk wörtlich:

"Ich fing an, Leute zu fragen. Meine Bekannten lehnten ab."

Dies könnte man unter Puncto persönliches Pech [abhaken](#). Schließlich sei damals, im Mai oder kurz danach, die Stimmung in Nowaja Kachowka eher so gewesen, dass eigentlich nahezu ein Jeder hätte helfen müssen. Doch dann hat der verhinderte Saboteur den Stimmungswandel der Menschen in der Region selber beobachten müssen:

"Später habe ich mich herumgetrieben und zugehört, wie die Leute reden. Und die Leute hatten ihre Einstellung geändert – von wegen, dass die Ukraine sie aufgegeben hat. Damals wurde damit angefangen, Renten auszuzahlen, Rationen auszugeben."

Komplizen hat der aus Kiew fernbetreute Terrorist schlussendlich nicht aufreiben können. Ähnliches Pech habe er zuvor bei zwei allein auszuführenden Sprengstoffanschlägen gehabt, die einer bestimmten Person gegolten haben, [schilderte](#) der ehemalige Mitarbeiter des ukrainischen Innenministeriums. Beim ersten Versuch habe der Sprengsatz mit Zeitzünder, der ihm hierfür bereitgestellt worden sei, nicht funktioniert. Den zweiten Anschlag habe das Opfer ohne auch nur einen Kratzer überlebt.

Am Vortag wurde [bekannt](#), dass im Gebiet Cherson mehrere Terroranschläge, die vom GRU geplant worden waren, verhindert wurden. Auch für den Zeitraum des Referendums waren Anschläge geplant. Ein Verdächtiger wurde festgenommen und seine Ausrüstung sichergestellt. Aus dem veröffentlichten Videomaterial wird nicht deutlich, ob es Pantschuk gewesen ist oder dieser zu einem anderen Zeitpunkt im selben Zusammenhang festgenommen wurde. Von einer geplanten Sprengung von Masten von Hochspannungsleitungen wurde in diesem Video nicht berichtet.

Ein weiterer Mann wurde in einem privaten Wohnhaus unter Einsatz von Handfeuerwaffen und Panzerfäusten liquidiert, [meldete](#) RIA Nowosti.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632d6d2848fbef65d1221005.png>

Festgenommener Terrorist Valeri Pantschuk (Stillbild aus Videomaterial von RIA Nowosti, veröffentlicht am 23. September 2022)

11:51 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Dorf in der Lugansker Volksrepublik mit HIMARS-Mehrfachraketenwerfern**

Die ukrainische Armee hat sechs Raketen aus US-amerikanischen Mehrfachraketenwerfern vom Typ HIMARS auf Stachanow abgefeuert. Das teilt die Vertretung der Lugansker Volksrepublik (LVR) beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung der Fragen zu den Kriegsverbrechen der Ukraine mit. In der [Erklärung](#) hieß es:

"Der Beschuss des Dorfes Stachanow durch ukrainische bewaffnete Verbände erfolgte um 6.15 Uhr mit HIMARS (sechs Raketen)."

Angaben zu Opfern und Schäden werden derzeit präzisiert.

nachmittags:

12:00 de.rt.com: Ramsan Kadyrow: Tschetschenien hat den Einberufungsplan bereits übererfüllt

Ramsan Kadyrow, Oberhaupt von Tschetschenien, will seine Landsleute nicht mehr in die Ukraine schicken. Die Republik habe bereits vor der Teilmobilmachung den Plan zur Rekrutierung übererfüllt. Zudem gebe es viele Freiwillige.

"Der Plan zur Einberufung wurde in der Tschetschenischen Republik um 254 Prozent übererfüllt", erklärte Kadyrow am Donnerstag. Ihm zufolge sei dieser Wert erreicht worden, da noch vor Ankündigung der Mobilisierung neue Einheiten gebildet worden seien.

"Die Republik verfügt über eine Reserve von Tausenden von Freiwilligen, die sich bei Bedarf den Reihen der Verteidiger des Vaterlandes anschließen können. Deshalb fordere ich die Bevölkerung der Tschetschenischen Republik, insbesondere unsere geliebten und geschätzten Mütter, auf, ruhig zu bleiben", schrieb er auf Telegram. Für eine Teilmobilisierung in der Republik gebe keine Notwendigkeit.

Naheliegender ist, dass Kadyrow mit diesen Aussagen auf den jüngsten Gefangenenaustausch zwischen Kiew und Moskau reagierte. Dabei kehrten 205 Ukrainer nach Hause zurück und 55 russische Soldaten kamen frei. Kadyrow kommentierte den Schritt als "unverständlich". Die Entscheidung, Kriegsverbrecher gegen Soldaten auszutauschen, sei inakzeptabel.

Zudem griff Kadyrow scharf jene Bürger an, die sich "Patrioten nennen, aber das Land verlassen". Für diesen "feigen Abschaum" sollte der Weg zurück für immer gesperrt sein, meinte er.

Nicht zum ersten Mal übt Kadyrow Kritik an der russischen Regierung. Wieso man nicht "mit allen verfügbaren Kräften und Mitteln" kämpfe, während die gesamte NATO gegen Russland vorgehe, sei ihm ein Rätsel. "Wenn wir zumindest den Großteil an Waffen und Ausrüstung einsetzen würden, wären wir längst am Ziel. Aber da die Führung anders denkt, ist es unsere Aufgabe, den Auftrag zu erfüllen".

Wladimir Putin hatte in Russland eine Teilmobilmachung angekündigt. Laut Verteidigungsministerium werden 300.000 Reservisten einberufen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632d7820b480cc2eac267c3c.jpg>
Chef der Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow

12:09 de.rt.com: Fast 1.000 Beobachter bei Referendum in Volksrepublik Donezk im Einsatz

Fast 1.000 Beobachter sind am Freitag bei dem Referendum über den Beitritt der Donezker Volksrepublik (DVR) zur Russischen Föderation anwesend. Das teilt die Zentrale

Wahlkommission der Republik laut [TASS](#) mit.

Nach Angaben der Behörde, die auf der Webseite des Informationsministeriums der DVR im sozialen Netzwerk VK.com veröffentlicht sind, gibt es in der Republik mehr als 1,5 Million Wahlberechtigte und 946 Beobachter, die den Wahlprozess überwachen. Internationale Beobachter sind nicht darunter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632d606c48fbef634621f6a9.jpg>

12:29 de.rt.com: **Brandbrief der Wirtschaft: Deutschland drohen erhebliche Probleme bei der Lebensmittelversorgung**

Sieben leitende Geschäftsführer der deutschen Lebensmittelbranche richten unmissverständliche Worte an den Kanzler und verantwortliche Minister. Sollte nicht umgehend entsprechend gehandelt werden, "bleiben die Kühlschränke und Tiefkühltruhen für die deutsche Bevölkerung bald leer!"

"Die Lebensmittelwirtschaft erlebt gerade die schwerste Krise seit Ende des Zweiten Weltkrieges", so die einleitende Einschätzung eines offenen Briefes mit dem Titel: "Es ist 1 Minute vor 12!"

Mehrere Verbände der deutschen Lebensmittelbranche warnen in einem Brandbrief die Regierung nachdrücklich mit dem Hinweis:

"Es drohen erhebliche Versorgungslücken bei der täglichen Lebensmittelversorgung der Menschen in Deutschland. Die Lage ist mehr als ernst!"

Adressaten sind Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck (Grüne) und der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir (Grüne), so das Zitat der [Berliner Morgenpost](#). In dem Anschreiben heißt es zu dem sich abzeichnenden Szenario im Land:

"Das betrifft in ganz besonderem Maße die besonders energieintensiven Betriebe der mittelständischen Tiefkühl- und Frischewirtschaft, die infolge der Energiekrise vor einer existenziellen Bedrohung stehen."

Viele Unternehmen im Land befürchten mittlerweile den baldigen Stillstand von Produktionslinien und die Schließung von Kühllogistikzentren für die Lebensmittelverteilung, so der Text des Brandbriefes. Die Realität zeige:

"Manche bereiten sich sogar schon auf eine mögliche Insolvenz vor! Die Ertragslage verschlechtert sich täglich, die Liquiditätssituation wird immer angespannter."

Gründe für die dramatische Situation fänden sich durch die massive Konfrontation der Branche "mit dramatischen Preissteigerungen für ihre Strom- und Gasversorgung". Weitere Belastungen finden sich durch:

"(...) gestörte Lieferketten, Personalmangel und Rohstoffknappheit. Diese massiven Kostensteigerungen können die Unternehmen nicht mehr länger durch Einsparungen oder die anteilige Weitergabe in den Verkaufspreisen an die Kunden kompensieren."

Das Branchen-Magazin [Agrar Heute](#) informiert in einem Artikel vom 21. September:

"Ein Sturm zieht auf: Die Abgabepreise der Industrie sind 45,8 Prozent höher als im vorigen Jahr. Das ist der höchste Anstieg seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949."

Auch für Dünger, Futter und andere [wichtige landwirtschaftliche Betriebsmittel](#) würden aktuell "die Preise durch die Decke gehen". Die Forderungen der Lebensmittelbranche an die drei Adressaten lauten daher:

- Die Energiebeihilfen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) für energieintensive Unternehmen müssen jetzt sehr kurzfristig kommen.
- Ankündigungen helfen und reichen nicht!
- Öffnen Sie kurzfristig das Energiekostendämpfungsprogramm für alle mittelständischen Unternehmen in der Tiefkühlkette – für Industrie, Kühllhäuser, Handel und Logistikdienstleistungen.
- Treiben Sie die Sicherung der Energieversorgung mit höchster Priorität voran!

Der Brief endet mit den unmissverständlichen Worten:

"Sonst bleiben die Kühlschränke und Tiefkühltruhen für die deutsche Bevölkerung bald leer! Handeln Sie JETZT!"

Die Tiefkühlwirtschaft in Deutschland steht für einen Umsatz von rund 15 Milliarden Euro.

Zu den Unterzeichnern des Brandbriefes gehören:

- das Deutsche Tiefkühlinstitut e.V. (dti) (mit 140 Mitgliedern aus allen Teilen der Tiefkühlkette von Industrie über Logistik und Handel)
- der Verband der Fleischwirtschaft (VdF)
- der Bundesverband Deutscher Wurst- & Schinkenproduzenten e.V. (BVWS)
- der Verband Deutscher Kühllhäuser und Kühlllogistikunternehmen e.V. (VDKL) (vertritt über 80 Prozent der gewerblichen Kühllhäuser in Deutschland)
- der Bundesverband der deutschen Fischindustrie und des Fischgroßhandels e.V. (BDFI)
- der Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie (BDSI)
- der Deutsche Fruchthandelsverband e.V. (DFHV)

Eine Reaktion seitens der Regierung auf das Schreiben blieb bislang aus.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632d711f48fbef621f049b6b.jpg>

12:35 de.rt.com: **LVR-Chef: Alle Sicherheitsbehörden an Gewährleistung der Sicherheit während des Referendums beteiligt**

Die Behörden der Volksrepublik Lugansk (LVR) tun alles, um die Sicherheit während des Referendums über den Beitritt zur Russischen Föderation zu gewährleisten. Dies verkündete Leonid Passetschnik, das Oberhaupt der Republik, am Freitag, dem ersten Tag der Abstimmung. Er erklärte laut [TASS](#):

"Die Sicherheit ist natürlich einer der wichtigsten Punkte, auf die wir unser Augenmerk

gerichtet haben. Heute sind alle Sicherheitsbehörden beteiligt: das Innenministerium, das Ministerium für Staatssicherheit, die Volksmiliz der LVR, die Kommandantur und die Flugabwehreinheiten. Wir tun heute alles, um das Referendum so sicher wie möglich zu machen."

"Das Risiko eines Beschusses kann leider nicht ausgeschlossen werden, aber wir haben alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit zu gewährleisten, auch um unsere Bevölkerung vor Beschuss zu schützen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632d66e448fbef6352754c5f.jpg>

13:03 de.rt.com: **Gasumlage vom Tisch? – Habeck bringt nun Sondervermögen für Unternehmen ins Spiel**

Ob die sogenannte Gasumlage am Ende tatsächlich kommt, ist wohl noch nicht klar. Die Kritik an dem Plan des Wirtschaftsministeriums von Robert Habeck wird immer lauter – und ertönt inzwischen auch vonseiten des Koalitionspartners SPD. Nun bringt Habeck den Vorschlag eines Sondervermögens ins Spiel.

Kommt die sogenannte Gasumlage nun doch nicht? Die Diskussionen und Kritik vonseiten der Opposition, aber auch von Experten an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, und nicht zuletzt die Verstaatlichung des Energieunternehmens Uniper rücken jetzt neue Vorschläge für die Unterstützung angeschlagener deutscher Gas-Importeure in den Fokus. Laut einem Medienbericht fordert der Grünen-Politiker ein Sondervermögen, wie für die Bundeswehr. Hierbei soll es aber um Unternehmen gehen, die wegen der explodierenden Energiepreise in finanzielle Notlage geraten sind.

Erst jüngst hatte Habeck von "finanzverfassungsrechtlichen Bedenken" bei der von ihm selbst vorgeschlagenen Umlage gesprochen. Damit will er wohl den Finanzminister Christian Lindner (FDP) zu einer Aussetzung der Schuldenbremse bewegen. Wie die Zeitung *Die Welt* berichtet, habe Habeck beim Kongress des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) gesagt:

"Wir haben ein großes Sondervermögen aufgelegt zur Verteidigung unseres Landes in militärischer Hinsicht. Das ist ein unüblicher Schritt gewesen, der den Grünen nicht leicht gefallen ist. Aber wir haben diesen Schritt getan zur Verteidigungsfähigkeit unseres Landes. Jetzt müssen wir die ökonomische Substanz unseres Landes verteidigen."

Und der Grünen-Politiker betonte: "Wenn wir jetzt die richtigen Maßnahmen ergreifen, sollte es meiner Meinung nach nicht am Geld scheitern, es wäre die falsche politische Entscheidung."

Auch der Koalitionspartner SPD rückt jetzt öffentlich vorsichtig vom Plan des

Wirtschaftsministers mit der Gasumlage ab. So etwa hat sich der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil für eine Überprüfung des Instruments ausgesprochen. Mit Blick auf die geplante Verstaatlichung von Uniper sagte Klingbeil dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) am Freitag:

"Ich unterstütze den Weg, den Robert Habeck hier vorgeschlagen hat. Ich sage aber auch klar: Die Gasumlage gehört damit jetzt auf den Prüfstand."

Die Energiepreis-Explosion bedroht die deutschen Gas-Importeure. Das Ausbleiben russischer Lieferungen stürzt sie immer tiefer in die roten Zahlen. Eigentlich sollten sie mit der sogenannten Gasumlage gestützt werden: Ab 1. Oktober, so zumindest der bisherige Plan aus dem Ministerium von Habeck, sollte jeder Haushalt bzw. jedes Unternehmen über den Gasverbrauch die finanzielle Last der Importeure mittragen. Damit sollten die Energiekonzerne, die nun wohl täglich Schulden in Millionenhöhe anhäufen, weil sie auf dem Weltmarkt Erdgas zu Höchstpreisen einkaufen müssen, vor der Pleite bewahrt werden. Denn ohne Hilfe droht deren Insolvenz, die dann auch die Stadtwerke und andere Unternehmen mit in den Abgrund reißen könnte.

Das bekannteste Beispiel ist Uniper, das größte Energieunternehmen Deutschlands, das Dutzende Stadtwerke mit Gas beliefert. Wegen der Verstaatlichung des Unternehmens ist jüngst die Kritik laut geworden, dass Uniper bei der Einführung einer Gasumlage gleich auf doppeltem Wege vom Steuerzahler gestützt würde.

Auch Klingbeil verweist darauf. Mit dem Einstieg des Staates bei Uniper sei laut dem Sozialdemokraten der Moment gekommen, an dem man anfangen sollte, "die Wege noch einmal zu überdenken und zu korrigieren." Klingbeil betonte ebenfalls, dass es darum gehe, die "Gasversorgungsinfrastruktur zu stützen." Dabei müsse es aber gerecht zugehen.

Bei seiner Rede vor Unternehmensvertretern schilderte Habeck noch einmal eindringlich die Lage der deutschen Energiekonzerne. Demnach sei laut Habeck "der Auslöser der Krise" der Wegfall großer Energiemengen, "die eigentlich sicher eingeplant waren." Und der Minister fügte hinzu:

"Nach den Kalkulationen, die man so anstellen kann, verliert die deutsche Volkswirtschaft durch Einkäufe von Energie aus anderen Quellen in diesem Jahr gute 60 Milliarden Euro und im nächsten Jahr könnten es knapp 100 Milliarden Euro werden."

Dieses Geld fehle überall, "in den verschiedenen Branchen, in der Substanz der deutschen Volkswirtschaft." In der Bundesregierung pocht allen voran aber der FDP-Finanzminister darauf, dass im kommenden Jahr wieder die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse eingehalten wird. Diese war in den vergangenen Jahren wegen der Corona-Pandemie ausgesetzt worden. Sie erlaubt dem Bund nur in geringem Maße, neue Kredite aufzunehmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632d62a4b480cc2eac267c1a.jpg>

Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, am 21. September 2022 bei einer Pressekonferenz zur Übernahme des Gas-Importeurs Uniper

13:08 de.rt.com: **Lebensmitteldeal: Ukrainisches Getreide destabilisiert die EU-Lebensmittelmärkte**

Das ukrainische Getreide, das infolge des "Lebensmitteldeals" auf den europäischen Markt strömt, führt zu schwerwiegenden Dumpingpreisen und lässt die örtlichen Landwirte unter der unerwarteten Konkurrenz leiden. In erster Linie sind die Getreidemärkte in Osteuropa betroffen, so ein Experte der Zeitung Iswestija:

"Die EU hat ein unerwartetes Problem mit Getreideeinfuhren aus der Ukraine entdeckt. Die Importe trugen zwar zur Stabilisierung der Preise bei, führten aber zu erheblichen Reibereien mit den örtlichen Landwirten. Landwirtschaftliche Erzeugnisse strömten auf die osteuropäischen Märkte, die im Gegensatz zu Westeuropa in diesem Sommer nicht von Dürre und Ernteausfällen betroffen waren. Infolgedessen fielen die Preise auf den lokalen Märkten, was zu einer weit verbreiteten Unzufriedenheit unter den Landwirten, vor allem den Besitzern kleinerer Betriebe, führte. Der Preisverfall angesichts höherer Kraftstoff-, Öl- und Düngemittelpreise macht ihnen schwer zu schaffen. Vor allem, wenn man bedenkt, dass diese Lieferungen auf den europäischen Markt nicht geplant waren."

Die europäischen Landwirte seien bereits auf die Straße gegangen, um gegen den unfairen Wettbewerb zu protestieren. Der Experte stellte fest:

"Die bulgarischen Landwirte und die sie vertretenden Politiker bestehen darauf, dass der Wettbewerb unfair ist. Die ukrainischen Erzeuger sind nicht verpflichtet, die strengen Umweltnormen einzuhalten, ohne die die lokalen Erzeugnisse nicht zertifiziert werden können. Unter sonst gleichen Bedingungen sind ihre Kosten unvergleichlich niedriger. Während dieses Problem früher durch Einfuhrzölle behoben wurde, gibt es sie jetzt nicht mehr."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632d71ed48fbef62233877e0.jpg>

13:29 de.rt.com: **Russische Luftwaffe vernichtet über hundert ausländische Söldner in der Donezker Volksrepublik**

Russische Einheiten haben über Nacht mehr als 100 ausländische Söldner und über 400 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte und Nationalisten vernichtet. Das verkündete das ukrainische Verteidigungsministerium in einem Bericht. In der Erklärung hieß es laut [RIA Nowosti](#):

"Einheiten ausländischer Söldner wurden in den Gebieten von Slawjansk und Osernoje in der Donezker Volksrepublik getroffen. Mehr als 100 Kämpfer wurden vernichtet."

Darüber hinaus seien bei einem Präzisionsangriff der Luftwaffe auf Einheiten der 81. luftbeweglichen Brigade der ukrainischen Armee in der Nähe von Kramatorsk über 220

ukrainische Soldaten getötet worden.

Außerdem gelang es der russischen Luftwaffe, bei Angriffen auf Stellungen der taktischen Gruppe "Tschaika" und vorübergehende Aufmarschstellen der nationalen Bataillone "Skif", "Dnepr" und "Gepard" über 190 Kämpfer und zwölf Einheiten militärischer Technik zu vernichten.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/09/17/1818926414_0:0:1920:1080_600x0_80_0_0_30a4386ecd45bc21f3ff78034282c8ec.jpg

13:41 de.rt.com: **Erzeugerpreise: Deutschland droht Deindustrialisierung**

Die Erzeugerpreise sind im August um 45,8 Prozent gestiegen – so stark wie nie zuvor seit Beginn der Aufzeichnung. Die deutsche Industrie schlägt Alarm. Abwanderung und Deindustrialisierung sind für Deutschland zu erwarten, wenn die Bundesregierung ihre Politik nicht ändert.

Das Statistische Bundesamt [teilte mit](#), dass die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte in Deutschland im August um 45,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind. Experten hatten zuvor mit einem geringeren Anstieg gerechnet. Preistreiber waren vor allem die Kosten für Energie, die sich auf Jahressicht mehr als verdoppelt haben.

Für die Inflationsaussichten verheißt das nichts Gutes. Die Erzeugerpreise nehmen die Inflationsentwicklung vorweg. Die Preissteigerungen in der Herstellung werden an die Verbraucher weitergegeben. Die auf Export orientierte deutsche Industrie büßt durch die hohen Energiepreise in Deutschland an internationaler Wettbewerbsfähigkeit ein.

Für die deutsche Industrie ist die Preisentwicklung ein Alarmsignal. Wie zahlreiche Medien übereinstimmend berichten, reagieren zahlreiche Betriebe bereits mit Produktionskürzungen. Die Düngemittelbranche hat 70 Prozent ihrer deutschen Produktion zurückgefahren oder stillgelegt, meldete das [Handelsblatt](#). Allerdings ist die Branche damit nicht allein.

Energieintensive Unternehmen stehen vor der Entscheidung, entweder zu schließen oder ins Ausland abzuwandern, wo die Preise für Energie niedriger sind. Das Handelsblatt zitierte als Quelle einen Unternehmensberater, der ungenannt bleiben möchte. Er werde seit Wochen fast ausschließlich mit Betriebsstilllegungen beauftragt.

Wegen der durch die westlichen Sanktionen steigenden Energiepreise droht Deutschland faktisch die Deindustrialisierung. Im Fall von Betriebsschließungen und Abwanderung ist die Entwicklung nicht ohne Weiteres umkehrbar. Noch halten viele Betriebe trotz faktischer Verluste in der Hoffnung auf eine Trendumkehr ihre Produktion aufrecht. Dies ist jedoch nur zeitlich eng begrenzt möglich. Sollten die Trendumkehr ebenso ausbleiben wie staatliche Unterstützung in notwendigem Umfang, droht eine Pleitewelle enormen Ausmaßes, die schwere Folgen für den Standort Deutschland haben wird, ist man sich in Fachkreisen einig.

Insbesondere der Mittelstand ist betroffen, der nicht die Möglichkeit zu einer einfachen Produktionsverlagerung an schon bestehende Standorte im Ausland hat.

Sollte die deutsche Politik ihre Energiepolitik nicht ändern, werden energieintensive Schlüsselindustrien wie die Aluminiumindustrie aus Deutschland verschwinden, warnte beispielsweise der Präsident des Gesamtverbandes der Aluminiumindustrie, Hinrich Mählmann.

Die Industrie- und Handelskammer Schwaben wandte sich mit einer [Pressemitteilung](#) an die Öffentlichkeit. In einer Umfrage unter ihren Mitgliedern habe die IHK ermittelt, dass jeder dritte Betrieb in Industrie und Bauwirtschaft von Produktionsausfällen und -einschränkungen betroffen sei. Jeder vierte Betrieb sieht das eigene Geschäftsmodell in Gefahr. Zusätzlich zu den hohen Energiekosten sind weiterhin unterbrochene Lieferketten ein Problem für die deutschen Produzenten. Es scheint, als würde sich der perfekte Sturm zusammen brauen.

Im Fall zahlreicher Schließungen von Standorten drohen Kaskadeneffekte, die ganze Regionen betreffen werden. Der Industriestandort Deutschland ist in Gefahr.

Den Sorgen der deutschen Industrie könnte mit einer Lockerung oder einer Aufhebung der Sanktionen leicht Rechnung getragen werden. Doch zu einem solchen Schritt ist deutsche Politik nicht bereit.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632d800a48fbef634621f6e0.jpg>

13:57 de.rt.com: **Abgeordnete der Staatsduma melden sich freiwillig an die Front**

Die Abgeordneten der Staatsduma unterliegen nicht der Teilmobilisierung – allerdings haben einige von ihnen bereits einen Antrag auf Entsendung in die Ukraine gestellt, berichtet die Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Berufung auf Andrei Turtschak, Sekretär des Generalrats der Partei Einiges Russland.

Dmitri Chubezow, Leiter des Dumaer Gesundheitsschutzkomitees, der sich nach der Ankündigung einer Teilmobilisierung freiwillig meldete, sagte, er sei bereit, sich freiwillig für den gefährlichsten Teil der Frontlinie zu melden, berichtete die Nachrichtenagentur am 23. September. In einem Videokommentar, der auf dem Telegram-Kanal der Partei Einiges Russland veröffentlicht wurde, erklärte Chubezow:

"Ich werde mich zweifellos an den gefährlichsten Abschnitt der Front begeben und bin bereit, auch als Sanitäter zu arbeiten, um die Jungs vom Schlachtfeld zu holen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632d783b48fbef62233877e4.jpg>

Andrei Turtshak, Sekretär des Generalrats der Partei Einiges Russland

14:21 de.rt.com: **Luftabwehr wehrt Angriff der ukrainischen Truppen auf Cherson ab**

Das ukrainische Militär soll am ersten Tag des Referendums versucht haben, Cherson zu beschießen, doch die russische Luftabwehr habe den Angriff abwehren können. Das verkündete der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung von Cherson, Kirill Stremoussow. Er teilte laut [RIA Nowosti](#) mit:

"Heute Morgen wurde ein Versuch der Nationalisten, Cherson zu beschießen, von der Luftabwehr abgewehrt. Die erste Priorität ist die Sicherheit."

In den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den Gebieten Saporoschje und Cherson haben heute die Referenden über den Beitritt zur Russischen Föderation begonnen. Die Stimmabgabe soll fünf Tage dauern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632d7cb548fbef621f049b80.jpg>

Werbetafel auf einer Straße in Cherson mit der Aufschrift: "Russen und Ukrainer sind ein Volk, ein einheitliches Ganzes"

14:42 de.rt.com: **Saporoschje-Beamter: Referendum im von Kiew kontrollierten Teil des Gebietes Saporoschje findet nach dessen Befreiung statt**

In dem derzeit von Kiew kontrollierten Teil des Gebietes Saporoschje werde nach dessen Befreiung ein Referendum über den Beitritt zur Russischen Föderation abgehalten. Das verkündete Wladimir Rogow, Vorsitzender der Bewegung "Wir sind gemeinsam mit

Russland", am Freitag gegenüber [TASS](#). Er sagte:

"Wenn wir den verbleibenden Teil befreien, wird es auch dort ein Referendum geben, damit die Menschen nicht das Gefühl haben, dass über die Zukunft ihres Heimatlandes ohne sie entschieden wurde."

15:42 (14:42) [novorosinform.org](#): „**Wahllokale sind überlastet**“: **Die militärisch-zivile Verwaltung von Cherson sprachmüber die Wahlbeteiligung beim Referendum**

Auf dem Territorium der Region Cherson gibt es am ersten Tag der Abstimmung im Referendum eine hohe Wahlbeteiligung.

Dies teilte die stellvertretende Leiterin der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Cherson Jekaterina Gubarjewa mit, berichtet TASS.

Ihr zufolge beteiligen sich die Einwohner der Region Cherson trotz der Drohungen der ukrainischen Behörden aktiv an der Abstimmung.

"Es gibt viele Leute. Ich würde sogar sagen, dass einige Wahllokale überlastet sind. Jeden Tag werden wir mehr und mehr eröffnen", sagte Gubarjewa.

Darüber hinaus organisierte die Zentrale Wahlkommission der Region Cherson eine Abstimmung für Einwohner der DVR, von denen es inzwischen eine ganze Reihe gibt, die in der Region arbeiten und leben.

Einwohner der Region Cherson, die nach Russland gereist sind, können in Moskau, Rostow am Don und anderen Städten wählen, fügte Gubarjewa hinzu.



https://novorosinform.org/content/images/40/28/54028_720x405.jpg

15:03 [de.rt.com](#): **Lukaschenko streitet Berichte über mögliche Mobilisierung in Weißrussland ab**

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat die Spekulationen einiger Oppositionsquellen, dass nach der in Russland angekündigten Teilmobilisierung auch in Weißrussland eine Mobilisierung angekündigt wird, als Lüge abgetan. Dies berichtet [RIA Nowosti](#).

Zuvor hatte Aleksandr Wolfowitsch, Staatssekretär des weißrussischen Sicherheitsrates, erklärt, dass in der Republik kein Bedarf für eine Mobilisierung bestehe.

16:08 (15:08) [novorosinform.org](#): **In Ostdeutschland wächst die Zahl der Unzufriedenen mit der Politik der Behörden - The Pioneer**

In den Gebieten der ehemaligen DDR geht die Zahl der Bürger zurück, die den Kurs der Regierung des Landes unterstützen. The Pioneer schreibt darüber:

"Die politische Unzufriedenheit wächst in Deutschland, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern", schreibt das Nachrichtenportal unter Berufung auf einen Bericht, der nächste Woche erscheinen soll.

Das Dokument zitiert die Zahlen einer Umfrage, aus denen hervorgeht, dass im Sommer 2022

nur 31 % der Menschen die Arbeit der Behörden als „befriedigend“ bewerteten, während es im Jahr 2020 mehr als 40 % waren.

Auch im Westen des Landes nimmt das Vertrauen der Bürger in die Führung ab: nur noch 44 % im Jahr 2020 gegenüber 54 % zwei Jahre zuvor.

Die Umfrage zeige auch, dass 58 % der Westdeutschen und 43 % der Ostdeutschen zustimmen, dass „man seine Meinung immer frei äußern kann, ohne Ärger zu bekommen“.

Auch diese Zahl sei in den letzten Jahren um 5 % gesunken.



https://novorosinform.org/content/images/40/33/54033_720x405.jpg

15:35 de.rt.com: **Ukrainische Saboteure im Gebiet Saporoschje entdeckt**

Eine Gruppe ukrainischer Saboteure wurde am Tag des Referendums in der Nähe der Stadt Pologi im Gebiet Saporoschje entdeckt. Dies teilte der Leiter der Gebietsverwaltung, Jewgeni Balizki, laut [RIA Nowosti](#) mit.

"Sie trugen die Uniform der Russischen Nationalgarde und haben auf ein Auto geschossen. Jetzt sind sie in den Bezirk Rosowka weitergezogen – auch unsere Einheiten sind dorthin verlegt worden."

Er fügte hinzu, dass genauere Informationen später verfügbar sein werden.

Zuvor hatten die lokalen Behörden nicht ausgeschlossen, dass das Kiewer Regime versuchen würde, das Referendum durch verschiedene Provokationen zu stören. Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, wurden alle Strafverfolgungsbehörden und Notdienste rund um die Uhr in erhöhte Bereitschaft versetzt.

16:39 (15:39) [novorosinform.org](#): **Hohe Beteiligung am Referendum in allen Regionen der LVR – Zentrale Wahlkommission**

Jelena Krawtschenko, Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission der LVR, sprach über die Wahlbeteiligung am ersten Wahltag.

In allen Regionen der Volksrepublik Lugansk sei am ersten Abstimmungstag zum Referendum über den Beitritt der LVR zu Russland eine hohe Wahlbeteiligung zu verzeichnen, sagte Jelena Krawtschenko, Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission (ZWK) der LVR.

Ihr zufolge wird eine hohe Wahlbeteiligung in Regionen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl beobachtet, auch in den befreiten Gebieten.

„In Lisitschansk ist die Wahlbeteiligung angesichts der dortigen Situation und der Tatsache, dass es nicht ganz sicher ist, wirklich sehr hoch, trotzdem ist die Wahlbeteiligung dort hoch, etwa viertausend haben am Vormittag abgestimmt“, sagte Krawtschenko.

Die Leiterin der ZWK erinnerte daran, dass die Abstimmung vom 23. bis 27. September stattfinden wird. In den ersten drei Tagen werde es möglich sein, in organisierten Wahllokalen abzustimmen, auch in den angrenzenden Gebieten, und am 27. September werden alle 460

Wahllokale arbeiten.



https://novorosinform.org/content/images/40/39/54039_720x405.jpg

17:00 (16:00) novorosinform.org: **Verhandlungen mit der Ukraine sind zu den Bedingungen ihrer Kapitulation möglich – Sluzkij**

Im bisherigen Format sei ein Dialog mit Kiew nicht mehr realistisch, erklärte der LDPR-Vorsitzende Leonid Sluzkij.

Der Teilnehmer der Frühjahrsverhandlungen mit der Ukraine erinnerte daran, dass die Vertreter Kiews von den getroffenen Vereinbarungen zurückgetreten seien. Eine Rückkehr zum vorherigen Format des Dialogs sei unmöglich, sagte Sluzkij in der Sendung des Fernsehsenders Rossija 24.

"Verhandlungen über die Bedingungen der Kapitulation der Ukraine sind möglich, das kann man sich theoretisch vorstellen", fügte er hinzu.

Sluzkij bewertete auch die Menge der an die Ukraine gelieferten Waffen und stellte fest, dass niemand außer den Vereinigten Staaten über eine solche Menge westlicher Waffen verfügt. Aus diesem Grund befinde sich Russland in einem "geostrategischen Scharmützel" mit dem Westen, schloss der Politiker.



https://novorosinform.org/content/images/40/44/54044_720x405.jpg

16:03 de.rt.com: **Franziska Giffey: Berliner sollten im Winter "zwei bis drei Stunden" auf Strom verzichten können**

Berlins Bürgermeisterin erklärte in einer Talkshow, warum die Berliner Bevölkerung im Winter womöglich zwei, drei Stunden täglich auf Stromversorgung verzichten müsste. Bei

Gasmangel käme es zu vermehrtem Einsatz von Heizlüftern, die das Stromnetz überlasten könnten.

In der Talkshow Markus Lanz teilte Berlins Bürgermeisterin Franziska Giffey am Donnerstag Abend mit, sie fände eine Stromabschaltung in der Hauptstadt für "zwei bis drei Stunden vertretbar". Dies berichtete die [Berliner Zeitung](#) am Freitag. Demnach habe die Bürgermeisterin in der Talkshow gesagt, sie könne sich in der Energiekrise in einzelnen Stadtteilen ein kurzzeitiges Abschalten der Stromversorgung als Notmaßnahme vorstellen. Dabei sei der Schutz der Stromversorgungs-Infrastruktur vor einer Überlastung das Wichtigste.

Erst vor Kurzem habe auch der Berliner Senat mitgeteilt, so die Zeitung, dass die Gefahr eines längeren und großflächigen Stromausfalls, eines sogenannten Blackouts, "als sehr gering einzustufen" sei. Aber hinsichtlich einer Stromabschaltung hätte auch der Senat betont, dass im Winter die Stromnetze örtlich und zeitlich begrenzt abgeschaltet werden, sollte das Erdgas knapp werden.

Nach Giffeys Auffassung sei das kein Szenarium, das akut anstehe. Im Fall der Abschaltungen würden die Stromausfälle zudem auch rechtzeitig angekündigt, sodass sich die Menschen darauf vorbereiten könnten. Die Bürgermeisterin habe sich laut Berliner Zeitung bei Markus Lanz dazu wie folgt geäußert:

"Wenn man dafür an bestimmten Stellen dann mal für zwei Stunden, für drei Stunden, angekündigt auf Strom verzichten muss, dann ist das ein Szenario, das vertretbar ist. Aber es ist nicht etwas, das jetzt akut ansteht."

Als Erklärung für eine drohende Überlastung des Stromnetzes habe Giffey den Riesenabsatz von Heizlüftern angegeben: "Sondern dass wir einen Riesenabsatz von diesen Heizlüftern, die man in die Steckdose steckt, haben."

Die Menschen würden beim Ausfall von Gasheizung und Fernwärme mit Strom heizen. Wenn dann gleichzeitig gebacken, gewaschen und mit Strom geheizt würde, wären die Anlagen überlastet. Darauf müssten Politik und Stromversorger vorbereiten, so die Berliner Bürgermeisterin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632d980cb480cc05ca081243.png>

17:04 (16:04) [novorosinform.org](#): **In der DVR wurden innerhalb einer Woche 39 Zivilisten durch Beschuss durch die Streitkräfte der Ukraine getötet**

Laut dem Büro der Kommissarin für Menschenrechte in der Republik, Daria Morosowa, wurden (in der zurückliegenden Woche) 39 Zivilisten der DVR Opfer der Aggression Kiews. Es wird darauf hingewiesen, dass in dieser Zeit 67 Einwohner der Republik verletzt wurden. Darüber hinaus wurden im Laufe der Woche 69 Vertreter der Machtstrukturen der DVR getötet. 252 Sicherheitsbeamte wurden verletzt.

Seit Beginn des Konflikts in der DVR sind insgesamt 9.152 Menschen gestorben. Wie das Büro des Kommissars für Menschenrechte in der DVR klarstellt, beinhalten diese Daten nicht die befreiten Gebiete.

Ukrainische Kämpfer beschossen die DVR jeden Tag. Am Freitag standen die Donezker Bezirke Kalininskij, Petrovskij, Kiewskij, Kuibyschewskij und Kirowskij sowie Jelenowka, Gorlowka und Saizewo erneut unter Beschuss.



https://novorosinform.org/content/images/40/45/54045_720x405.jpg

16:12 de.rt.com: **Verteidigungsministerium: Liste der Berufe, die keiner Teilmobilisierung unterliegen, veröffentlicht**

Das Verteidigungsministerium hat eine Liste von Berufsgruppen veröffentlicht, deren Inhaber im Rahmen der Teilmobilisierung nicht eingezogen werden, berichtet die Nachrichtenagentur RIA Nowosti am 23. September. Dabei handelt es sich in erster Linie um Mitarbeiter von Telekommunikationsbetreibern, IT-Unternehmen, Finanzinstituten, Medien sowie Informations- und Kommunikationsorganisationen. Das Verteidigungsministerium erklärt: "Um das Funktionieren bestimmter High-Tech-Industrien sowie des russischen Finanzsystems zu gewährleisten, wurde beschlossen, im Rahmen der Teilmobilisierung keine Bürger mit Hochschulbildung in den entsprechenden Fachrichtungen und Ausbildungsbereichen zum Militärdienst einzuberufen."

17:21 (16:21) **novorosinform.org: Rjabkow wies auf die völlige Verhandlungsunfähigkeit der USA hin**

Washington tut alles, um Kiew zu zwingen, Militäroperationen auf russisches Territorium zu verlegen.

Die Vereinigten Staaten seien absolut verhandlungsunfähig und versuchten zusammen mit London, Kiew dazu zu drängen, Militäroperationen auf russisches Territorium zu verlegen, sagte der stellvertretende russische Außenminister Sergej Rjabkow.

Derzeit seien die Beziehungen zwischen Russland und den USA in der "schlimmsten Phase", "äußerst bedauerlich" und tendierten gegen Null, sagte der Politiker.

„Amerika ist im Prinzip nicht verhandlungsfähig und drängt zusammen mit London und einer Reihe anderer NATO-Hauptstädte direkt auf Kiew, die Feindseligkeiten auf unser Territorium zu verlegen, in der Absicht, bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen, um Russland eine ‚strategische Niederlage‘ zuzufügen, wie sie sagen“, betonte Rjabkov während seiner Rede zum Thema des 60. Jahrestages der Kubakrise.



https://novorosinform.org/content/images/40/49/54049_720x405.jpg

16:44 de.rt.com: **Moskau – Tausende demonstrieren für Referenden in Ostukraine**

Tausende Russen versammeln sich am Freitag auf dem Manegenplatz in Moskau, um ihre Unterstützung für die Volksentscheide in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR) sowie in den Gebieten Cherson und Saporoschje zum Ausdruck zu bringen. Die Menschen rufen laut "Wir lassen unsere Freunde nicht im Stich". Auf dem [Video](#) ist die Versammlung zu sehen.

In den vier Regionen wird in den nächsten Tagen über den Beitritt zu Russland abgestimmt. Die lokalen Behörden in der DVR und der LPR sowie in Cherson und Saporoschje haben die Pläne für die Volksabstimmungen am Dienstag bekannt gegeben.



https://novorosinform.org/content/images/40/62/54062_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 23. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 58 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialunterstützung ausgezahlt.

Arbeiten zur Inbetriebnahme von Basisstationen in Mariupol, Starodubowka und Kamyschwataja wurden ausgeführt. In Mariupol, Wolnowacha und Wolodarskoje gehen die Arbeiten zum Anschluss von Verbrauchern an das Telekommunikationsnetz weiter. Spezialisten stellen die Faseroptikkommunikationsmagistrale Nowoasowsk – Mariupol wieder her.

Mehr als 6800 Menschen wandten sich an Einrichtungen des Gesundheitswesens.

In Mariupol, Wolnowacha und Luganskoje gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 45.250 Quadratmeter Gebäude untersucht, 115 Mitarbeiter und 28 Stück Technik eingesetzt.

Spezialisten der Elektrizitätswerke führen weiter Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Kominternowo, Wolnowacha, Mariupol und Mironowskij durch. In Mariupol und Wolnowacha wurden Haushalte angeschlossen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:15 de.rt.com: **Russische Truppen beginnen mit aktiven Einsatz von Drohnen des Kalaschnikow-Konzerns**

Einheiten der russischen Streitkräfte haben damit begonnen, Kampfdrohnen des Unternehmens ZALA Aero, das Teil des Kalaschnikow-Konzerns ist, aktiv einzusetzen. Das teilte Alan Luschnikow, Präsident des Konzerns, gegenüber [TASS](#) mit.

"Alle ZALA-Drohnen sind neu für das russische Verteidigungsministerium. Aber wie Sie aus den Veröffentlichungen ersehen können, haben die Einheiten begonnen, sie aktiv einzusetzen."

Zuvor hatte das staatliche Technologieunternehmen Rostec berichtet, dass die russischen Kamikaze-Drohnen KUB und Lancet bei Kampfeinsätzen in der Ukraine aktiv eingesetzt wurden und sich "unter Kampfbedingungen erfolgreich bewährt haben". Die Drohnen werden vor allem zur Bekämpfung weit entfernter Bodenziele eingesetzt.

Die von ZALA Aero entwickelte KUB-Drohne hat einen drei Kilogramm schweren Sprengkopf. Es hat eine maximale Flugzeit von 30 Minuten und erreicht eine Geschwindigkeit von 130 Kilometern pro Stunde. Die Drohne hat die staatlichen Tests im November 2021 erfolgreich bestanden. Serienlieferungen an die russischen Streitkräfte waren für das Jahr 2022 geplant.

Die Lancet-Drohne, die ebenfalls von ZALA Aero hergestellt wird, ist mit mehreren Arten von Lenksystemen ausgestattet. Die Drohne verfügt über einen TV-Kommunikationskanal, über den ein Bild des Ziels übertragen wird, um den Erfolg eines Angriffs zu bestätigen. Das Gerät ist in der Lage, Ziele in einem Radius von bis zu 40 Kilometern zu bekämpfen. Das maximale Abfluggewicht beträgt zwölf Kilogramm.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632d8e90b480cc2eac267c57.jpg>

17:38 de.rt.com: **Toyota schließt Werk in Russland**

Das Toyota-Werk nahe Sankt Petersburg wird endgültig geschlossen, teilte das russische Ministerium für Industrie und Handel am Freitag mit. Das Werk hatte seine Autoproduktion Anfang März wegen Lieferausfällen eingestellt.

Toyota stellt seine Produktion in Russland ein. Das Werk in Schuschary in der Nähe von Sankt Petersburg wird geschlossen, erklärte das Ministerium für Industrie und Handel. Das Unternehmen werde alle sozialen Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern erfüllen, hieß es in einer Mitteilung. Darüber hinaus werde der Hersteller den Kundendienst für Toyota- und Lexus-Fahrzeuge beibehalten.

Der Import von Autos und Autobestandteilen nach Russland ist weiterhin ausgesetzt. In den vergangenen Monaten stand das Werk wegen logistischer Schwierigkeiten still. Die aktuelle Entscheidung sei darauf zurückzuführen, dass regelmäßige Lieferungen nicht wieder aufgenommen werden können, sagten Gesprächsquellen der Zeitung Kommersant. Die Stadtverwaltung wolle an möglichen Szenarien für die Entwicklung dieses Standorts arbeiten. Die Toyota-Produktion in Russland begann im Jahr 2007. Präsident Wladimir Putin nahm im Jahr 2005 an der Grundsteinlegung auf dem Gelände des zukünftigen Unternehmens teil. Das Werk produzierte die Modelle Camry und RAV4, die zu den Top-Bestsellern gehörten. Die Kapazitäten waren für die jährliche Produktion von 100.000 Autos ausgelegt. Das Unternehmen lieferte auch nach Kasachstan, Weißrussland und Armenien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632da2f648fbef77940bf6bf.jpg>

Auto im Toyota-Werk in der Nähe von Sankt Petersburg

17:46 de.rt.com: Ukrainische Streitkräfte beschießen Kiewski-Viertel in Donezk mit Granaten vom NATO-Kaliber

Die ukrainischen Truppen haben das Kiewski-Viertel von Donezk beschossen und dabei drei Granaten des Kalibers 155 Millimeter abgefeuert. Dies [teilte](#) die Vertretung der Volksrepublik Donezk im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen der Kriegsverbrechen der Ukraine am Freitag laut RIA Nowosti mit.

abends:

18:08 de.rt.com: Vom Regen in die Traufe? Selenskij ernennt neuen Botschafter in Deutschland

Viele Deutsche haben seit Monaten die Demission des skandalträchtigen ukrainischen Botschafters Melnyk gefordert. Nun hat Selenskij am Freitag dessen Nachfolger ernannt – und es scheint, als käme Deutschland damit in noch turbulentere Gewässer. Auf Twitter präsentiert sich der neue Botschafter als ein hasserfüllter Kriegspropagandist.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat mit Alexei Makejew einen neuen Botschafter der Ukraine in Deutschland eingesetzt. Das entsprechende Dekret wurde am Freitag auf der Seite des Staatsechefs veröffentlicht. Der 46-jährige Karrierediplomat Makejew folgt dem bisherigen Botschafter Andrij Melnyk.

Makejew, Jahrgang 1975, studierte Diplomatie und Internationale Beziehungen an der Schewtschenko-Universität in Kiew und ist seit 1996 im ukrainischen diplomatischen Kader. Seine Auslandseinsätze führten ihn als Botschaftsmitarbeiter im Rang eines Beraters oder eines Konsuls mehrmals in die Schweiz und in die Bundesrepublik Deutschland, nach 2014 leitete er eine Abteilung des Außenministeriums. Seit 2020 war Makejew im ukrainischen Außenministerium Sonderbeauftragter für die Verschärfung der Sanktionen gegen Russland. Laut der offiziellen Biografie beherrscht der neue Botschafter Deutsch und Englisch fließend. Ob es mit dem neuen Botschafter in Deutschland etwas ruhiger und diplomatischer zugehen wird als mit dem skandalversessenen und rüpelhaften Melnyk, bleibt abzuwarten. Ukrainische Kommentatoren sprechen bereits von einem "blauen Wunder", das Deutschland nun erleben werde, und prophezeien, dass sich das deutsche Politikum noch nach Melnyk "zurücksehnen" werde.

Makejew werde die Linie seines Vorgängers fortsetzen, schreibt etwa die Kiewer Nachrichtenplattform Obozrewatel. Daran hat auch Melnyk keinen Zweifel. In einem Interview mit dem Spiegel sagte der scheidende Botschafter bereits im August:

"Vielleicht möchte mein Nachfolger netter und sympathischer sein, sich ruhiger verhalten, wie es sich alle Diplomaten wünschen und was wirklich zu ihrer Aufgabe gehört. Aber letztlich wird mein Nachfolger keine andere Wahl haben, als mit fester und klarer Stimme für unsere Interessen einzutreten."

Über einen Twitter-Account verfügt der Nachfolger des passionierten Twitter-Nutzers Melnyk jedenfalls auch. Und die dort sichtbaren Inhalte lassen Schlimmes befürchten. So wird der Leser mit einem angehefteten Post begrüßt, in dem ein Schwein in Gestalt eines russischen Soldaten auftritt.

Bei den Tweets des Diplomaten handelt es sich fast ausnahmslos um die Wiedergabe ukrainischer Kriegspropaganda. Wenn Makejew sich selbst äußert, dann kommt häufig Hetze gegen alle Russen als Ethnie raus. So hat er ausgerechnet am Tag seiner Ernennung unter dem Hashtag "Rogue Nation" ("Schurkenvolk") getwittert:

"Mehr als 200 Tage lang protestierte kein Russe gegen die Entsendung von Truppen zur Tötung von Ukrainern durch seine Regierung. Sie unterstützten einen völkermörderischen Krieg."

Jetzt protestieren die Russen gegen ihre Regierung, nur weil sie SIE in die Ukraine schickt, um dort getötet zu werden.

Krieg ist immer persönlich.

#RogueNation"

In einem Tweet am 17. September bezeichnete Makejew das russische Volk als "Killer Nation", also etwa "Mördervolk". Und auch sonst ist sein Account voller hasserfüllter Botschaften, pauschaler Schuldzuweisungen gegen ein ganzes Volk und – natürlich – voller Forderungen nach weiteren Waffen, Waffen und noch mehr Waffen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632de81b48fbef790d01d751.jpg>

Der neue ukrainische Botschafter der Ukraine in Berlin: Alexei Makejew

18:18 de.rt.com: **"Die sogenannten Referenden": Schweiz zieht EU-Sanktionen in Betracht**

Die Schweiz werde die Ergebnisse der Referenden in der Ostukraine und den Donbass-Republiken nicht anerkennen und sich möglicherweise neuen EU-Sanktionen gegen Russland anschließen, meldet die Nachrichtenagentur RIA Nowosti. In einer auf der Webseite der Regierung des Landes veröffentlichten [Erklärung](#) heißt es:

"Die sogenannten Referenden in den von Russland teilweise besetzten Gebieten der Ukraine finden unter nicht rechtskonformen Umständen statt und sind völkerrechtswidrig. Der Bundesrat verurteilt diese neuerliche Verletzung der ukrainischen Souveränität durch Russland und wird die Ergebnisse der sogenannten Referenden nicht anerkennen. Bundespräsident Ignazio Cassis hat dem russischen Außenminister Sergei Lawrow am Mittwoch in New York diese Position klar dargelegt."

Die Erklärung der Schweizer Regierung bezieht sich auch auf die neuen EU-Sanktionen gegen Russland, die derzeit diskutiert werden. Man kündigt an: "Sollten diese umgesetzt werden, wird der Bundesrat eine Übernahme prüfen".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632d9bceb480cc7c5a5540d1.jpg>
g
Bern

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 am 23.09.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **mehr als 500 Geschosse** mit Panzern und Rohrtartillerie des Kalibers 155 und 152mm **abgefeuert**. Die Gebiete von **6 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses wurde ein Haus beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) werden weitergeführt. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

18:50 de.rt.com: Erster Referendumstag: Ukrainische Streitkräfte beschießen Donezker und Lugansker Volksrepubliken

Die ukrainischen Truppen sollen am ersten Tag des Referendums 18 Raketen aus US-Mehrfachraketenwerfern vom Typ HIMARS auf die Städte Stachanow, Rubeschnoje und Swatowo in der Volksrepublik Lugansk abgefeuert haben. Außerdem sei Donezk am Freitag bereits zwölfmal beschossen worden, wobei mehr als 50 Geschosse abgefeuert worden seien. Dies teilte Rodion Miroshchnik, der Botschafter der Volksrepublik Lugansk in Russland, am Freitag mit.

Später fügte er hinzu, dass sechs weitere HIMARS-Geschosse auf die Stadt Altschewsk abgefeuert worden seien. Er meldete schwere Schäden, aber keine Informationen über Verletzte, und sagte ferner:

"Dies scheint eine neue Art zu sein, den demokratischen Willen nicht anzuerkennen!"

19:23 de.rt.com: Asyl für Verweigerer: Finnland könnte humanitäre Visa für Mobilisierungsunwillige erteilen

Das finnische Parlament berät über die mögliche Erteilung von Visa an Russen, die sich der Mobilisierung entziehen wollen. Ihnen könnte in dem Land Asyl gewährt werden, berichtete die Nachrichtenagentur TASS am 23. September unter Berufung auf die finnische Zeitung Helsingin Sanomat. Ein solcher Vorschlag wurde sowohl von Abgeordneten der Regierungsparteien als auch von Vertretern der Opposition unterstützt, meldete TASS. Die Agentur schrieb:

"Laut dem sozialdemokratischen Abgeordneten Erkki Tuomioja ist es "moralisch

inakzeptabel", russischen Bürgern das Recht auf Asyl zu verweigern. Die gleiche Position vertritt Elina Valtonen von der Koalitionspartei, aber sie warnt, dass ein zu großer Zustrom russischer Bürger zu einer 'Bedrohung für die nationale Sicherheit' werden könnte." Die finnischen Gesetzgeber haben noch keine konkreten Maßnahmen diesbezüglich entwickelt. Man schlägt in Finnland außerdem vor, dass die Frage des Asyls für Russen auf gesamteuropäischer Ebene behandelt werden sollte – unter Einbeziehung der zuständigen europäischen Institutionen.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung: Die Wahlbeteiligung beim Referendum in der DVR beträgt heute um 20:00 23,64%.

19:44 de.rt.com: Gebiet Saporoschje will vor Beitritt zu Russland Unabhängigkeit innerhalb der Grenzen der befreiten Territorien erklären

Das Gebiet Saporoschje wird, falls ihre Bewohner im Referendum für den Beitritt zu Russland stimmen, innerhalb der Grenzen der befreiten Territorien die Unabhängigkeit erklären, da erst dann ein Beitritt möglich sein würde. Das verkündete Wladimir Rogow, Vorsitzender der Bewegung "Wir sind gemeinsam mit Russland", am Freitag gegenüber TASS. Er [erklärte](#):

"Ja, für eine gewisse Zeit, bis wir von Russland akzeptiert werden, werden wir unabhängig sein. Wir ändern nichts, wir lassen den Namen des Gebietes Saporoschje, damit es kein Durcheinander gibt. Alles geschieht im Rahmen des föderalen Verfassungsgesetzes Nr. 6 'Über die Aufnahme der Republik Krim in die Russische Föderation und die Bildung neuer Subjekte innerhalb der Russischen Föderation – die Republik Krim und die Stadt von föderaler Bedeutung Sewastopol'."